



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den XXX
DFAFT
[...] (2015) XXX draft

MITTEILUNG DER KOMMISSION

ENTWURF

**LEITLINIEN FÜR DIE ANWENDUNG DER BESONDEREN VORSCHRIFTEN DER
ARTIKEL 169, 170 UND 171 DER GMO-VERORDNUNG FÜR DEN OLIVENÖL-,
DEN RINDFLEISCH- UND DEN KULTURPFLANZENSEKTOR**

ENTWURF

**DIES IST EINE ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN,
DIE NOCH NICHT VOM KOLLEGIUM GEBILLIGT WORDEN IST UND DAHER
NOCH GEÄNDERT WERDEN KANN.**

Fragen zu diesem Entwurf richten Sie bitte an COMP-E-TF-FOOD@ec.europa.eu

ENTWURF

LEITLINIEN FÜR DIE ANWENDUNG DER BESONDEREN VORSCHRIFTEN DER ARTIKEL 169, 170 UND 171 DER GMO-VERORDNUNG FÜR DEN OLIVENÖL-, DEN RINDFLEISCH- UND DEN KULTURPFLANZENSEKTOR

Wichtigste Etappen des Annahmeverfahrens:

<i>Sitzung mit den nationalen Wettbewerbsbehörden und Ministerien:</i>	<i>16. Oktober 2014</i>
<i>Öffentliche Konsultation:</i>	<i>1. Quartal 2015</i>
<i>Beratender Ausschuss:</i>	<i>3. Quartal 2015</i>
<i>Geplante Annahme:</i>	<i>4. Quartal 2015</i>

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	5
1.1	Zweck und Anwendungsbereich	5
2.	Vorschriften für Vereinbarungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern im Olivenöl-, Rindfleisch- und Kulturpflanzensektor	6
2.1	Rechtlicher Rahmen – Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen Erzeugnissen.....	6
2.2	Ausnahmeregelung zu den Artikeln 101 und 102 AEUV für den Olivenöl-, den Rindfleisch- und den Kulturpflanzensektor nach den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.....	11
2.3	Andere Prüfungsmöglichkeiten zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit von Liefervertragsverhandlungen einer EO im Namen ihrer Mitglieder	15
2.3.1	Allgemeine Ausnahmeregelung zu den Wettbewerbsvorschriften nach Artikel 209 der GMO-Verordnung.....	17
2.3.2	Gruppenfreistellungsverordnung für Spezialisierungsvereinbarungen	18
2.3.3	Einzelfallprüfung nach Artikel 101 Absätze 1 und 3 sowie Artikel 102 AEUV ...	19
2.4	Voraussetzungen für die Ausnahmeregelung	20

2.4.1	Anerkennung als EO/VEO	20
2.4.2	Ziele einer EO	22
2.4.3	Kriterium erheblicher Effizienzgewinne	23
	Die vereinfachte Methode	26
	Die alternative Methode	39
2.4.4	Beziehungen zwischen der EO und ihren Mitgliedern	41
2.4.5	Obergrenze für die Erzeugnismengen, die Gegenstand von Vertragsverhandlungen sind	41
2.4.6	Mitteilungspflicht	42
2.5	Schutzmechanismus	42
2.5.1	Ausschaltung des Wettbewerbs	43
2.5.2	Kleinere sachlich relevante Märkte mit wettbewerbswidrigen Auswirkungen	45
2.5.3	Die Verwirklichung der Ziele der GAP ist gefährdet	45
3.	Sektorspezifische Abschnitte	45
3.1.	Olivenöl	45
3.1.1	Beispiele für die Anwendung der Ausnahmeregelung für den Olivenölsektor	45
3.1.2	Abgrenzung des relevanten Marktes für Olivenöl	47
3.2.	Rindfleischsektor	48
3.2.1	Beispiele für die Anwendung der Ausnahmeregelung für den Rindfleischsektor	48
3.3.	Kulturpflanzen	49
3.3.1	Beispiele für die Anwendung der Ausnahmeregelung auf den Kulturpflanzensektor	49

1. Einleitung

1.1 Zweck und Anwendungsbereich

- (1) Diese Leitlinien¹ sollen Erzeugern im Olivenöl-, Rindfleisch- und Kulturpflanzensektor eine Orientierungshilfe für die Anwendung der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung² bieten, in denen besondere Vorschriften für Vertragsverhandlungen in diesen Sektoren festgelegt sind.
- (2) Die Leitlinien sind zwar als konkrete Orientierungshilfe für Erzeuger gedacht, für die Prüfung ihrer Geschäftspraxis sind diese aber weiterhin selbst verantwortlich. Ferner sollen die Leitlinien den Gerichten und Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten eine Orientierungshilfe für die Anwendung der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung geben, ohne jedoch für sie rechtlich verbindlich zu sein.
- (3) Die Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung betreffen bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse im Olivenöl-, Rindfleisch- und Kulturpflanzensektor³.
- (4) Nach den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung können Erzeugerorganisationen (im Folgenden „EO“) und Vereinigungen von Erzeugerorganisationen (im Folgenden „VEO“) unter bestimmten Voraussetzungen⁴ im Namen ihrer Mitglieder Verträge über die Lieferung der betreffenden Erzeugnisse aushandeln.
- (5) Die Beteiligten werden wie folgt definiert:
 - Ein Erzeuger ist ein Erzeuger des betreffenden Erzeugnisses.
 - Eine EO ist eine Erzeugerorganisation im Sinne des Artikels 152 der GMO-Verordnung.

¹ Leitlinien für die Anwendung der besonderen Vorschriften der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung für den Olivenöl-, den Rindfleisch- und den Kulturpflanzensektor (im Folgenden „Leitlinien“).

² Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671).

³ Diese Sektoren wurden vom Gesetzgeber im Rahmen der GAP-Reform und des Erlasses der GMO-Verordnung festgelegt.

⁴ Die Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung gelten nicht für alle EO und VEO, sondern nur für solche, die von den Mitgliedstaaten nach den Artikeln 106 und 107 der GMO-Verordnung anerkannt wurden. Zu Einzelheiten siehe Randnummer (54).

- Eine VEO ist eine Vereinigung von Erzeugerorganisationen im Sinne des Artikels 156 der GMO-Verordnung.

Wenn in den Leitlinien im Zusammenhang mit der in Abschnitt 2.2 festgelegten Ausnahmeregelung auf EO Bezug genommen wird, gilt dasselbe auch für VEO, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Die anerkannten Branchenverbände fallen nicht unter die Artikel 169 bis 171 der GMO-Verordnung. Sie können jedoch möglicherweise die Ausnahmeregelung des Artikels 210 der GMO-Verordnung in Anspruch nehmen.

- (6) Der Standpunkt der Kommission berührt nicht die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union⁵ zur Auslegung der Artikel 39, 42, 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“) und der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.
- (7) Gegenstand der Leitlinien sind
 - die allgemein anwendbaren Wettbewerbsvorschriften,
 - die besonderen Vorschriften der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung,
 - die praktische Anwendung der besonderen Vorschriften der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung in den betreffenden Agrarsektoren.

2. Vorschriften für Vereinbarungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern im Olivenöl-, Rindfleisch- und Kulturpflanzensektor

2.1 Rechtlicher Rahmen – Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen Erzeugnissen

- (8) Artikel 42 AEUV verleiht dem Unionsgesetzgeber (Europäisches Parlament und Rat) die Befugnis zu bestimmen, inwieweit die Wettbewerbsvorschriften auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen Erzeugnissen Anwendung finden.
- (9) Genauer gesagt bestimmt der Gesetzgeber nach Artikel 42 AEUV den Umfang der Anwendung der Wettbewerbsvorschriften auf den Agrarsektor unter Berücksichtigung der in Artikel 39 AEUV festgelegten Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik (im Folgenden „GAP-Ziele“). Dem Gerichtshof der Europäischen Union zufolge wird mit

⁵ Die Bezeichnung „Gerichtshof der Europäischen Union“ umfasst hier den Gerichtshof und das Gericht.

dieser Bestimmung der Vorrang der Ziele der Agrarpolitik gegenüber den Vertragszielen auf dem Gebiet des Wettbewerbs anerkannt.⁶

(10) Nach Artikel 39 AEUV ist es Ziel der GAP,

- a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;
- b) der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;
- c) die Märkte zu stabilisieren;
- d) die Versorgung sicherzustellen;
- e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.

(11) Auf der Grundlage des Artikels 42 AEUV werden in Artikel 206 der GMO-Verordnung die Wettbewerbsvorschriften der Artikel 101 bis 106 AEUV für auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen Erzeugnissen anwendbar erklärt:

„Sofern in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, finden gemäß Artikel 42 AEUV die Artikel 101 bis 106 AEUV und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen vorbehaltlich der Artikel 207 bis 210 dieser Verordnung auf alle in Artikel 101 Absatz 1 und Artikel 102 AEUV genannten Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen bezüglich der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und des Handels mit diesen Erzeugnissen Anwendung.“

(12) Die Artikel 101 und 102 AEUV gelten für das Verhalten von Unternehmen in Form von Vereinbarungen, Beschlüssen, Verhaltensweisen oder der missbräuchlichen Ausnutzung einer beherrschenden Stellung nur, soweit es dazu führen kann, *„den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen“*. Einzelheiten zur Auslegung dieses Kriteriums können den Leitlinien der Kommission über den Begriff der Beeinträchtigung des Handels⁷ entnommen werden.

(13) Artikel 101 AEUV gilt grundsätzlich für alle wirtschaftlichen Tätigkeiten von Erzeugern und EO. Eine EO ist eine Vereinigung einzelner Erzeuger, die nach dem Wettbewerbsrecht der Union als Unternehmensvereinigung und auch selbst als

⁶ Urteil Maizena, 139/79, EU:C:1980:250, Rn. 23; Urteil Milk Marque, C-137/00, EU:C:2003:429, Rn. 91; Urteil Deutschland/Rat, C-280/93, EU:C:1994:367, Rn. 61.

⁷ Bekanntmachung der Kommission – Leitlinien über den Begriff der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags (ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 81).

Unternehmen anzusehen ist, wenn sie eine wirtschaftliche Tätigkeit⁸ ausübt. Sowohl die EO als auch ihre Mitglieder unterliegen daher den Wettbewerbsvorschriften. Die Wettbewerbsvorschriften gelten folglich nicht nur für Vereinbarungen zwischen einzelnen Erzeugern (z. B. die Gründung einer EO und deren Satzung), sondern auch für die von der EO gefassten Beschlüsse und die von ihr geschlossenen Verträge.

- (14) Bei der Prüfung der Anwendbarkeit des Artikels 101 Absatz 1 AEUV auf Genossenschaften (eine der möglichen Formen, in denen eine EO gegründet werden könnte) hat der Gerichtshof der Europäischen Union festgestellt, dass die Organisation eines Unternehmens in der besonderen Rechtsform einer Genossenschaft nicht an sich ein wettbewerbswidriges Verhalten darstellt. Daraus folgt jedoch nicht, dass Genossenschaften als solche ohne weiteres dem Verbot des Artikels 101 Absatz 1 AEUV entzogen wären, da sie in der Lage sind, das wirtschaftliche Verhalten ihrer Mitglieder dahin zu beeinflussen, dass der Wettbewerb auf dem Markt, auf dem sie tätig werden, eingeschränkt oder verfälscht wird.⁹
- (15) **Beispiel** für die Anwendung des Artikels 101 AEUV auf die Tätigkeiten von Erzeugern:

Sachverhalt: Auf dem Markt eines Landes für die Lieferung lebender Rinder geht die Inlandsnachfrage kontinuierlich zurück, weil die Endverbraucher immer weniger Rindfleisch verlangen. Zudem steigen die Einfuhren von Schlachtkörpern und zerlegtem Rindfleisch und in geringerem Umfang auch die Einfuhren von lebenden Rindern. Die Schlachthöfe in dem betreffenden Land kaufen erheblich weniger lebende Rinder, so dass die Preise für lebende Rinder deutlich zurückgehen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, schließt eine große Zahl von Anbietern lebender Rinder (auf die insgesamt rund 60 % des Marktes für lebende Rinder entfallen) eine Vereinbarung, mit der ein Mindestverkaufspreis für lebende Schlachtrinder festgesetzt wird.

Analyse: Die Vereinbarung hat den Zweck, durch Festsetzung eines Einheitspreises den Wettbewerb zu beschränken. Sie verstößt daher gegen das in Artikel 101 Absatz 1 AEUV festgelegte Verbot von wettbewerbswidrigen Vereinbarungen, Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen. Die Vereinbarung bringt keine Vorteile für die Verbraucher mit sich und schaltet den Wettbewerb für einen wesentlichen Teil des Marktes für lebende Rinder aus. Sie kann daher nicht nach Artikel 101 Absatz 3 AEUV gerechtfertigt werden. Eine solche Vereinbarung stellt demnach eine Zuwiderhandlung gegen Artikel 101 AEUV dar und ist verboten und nichtig.

- (16) Auch Artikel 102 AEUV gilt für Erzeuger sowie für EO, die als Unternehmen handeln. Das in Artikel 102 AEUV verankerte Verbot der missbräuchlichen Ausnutzung einer beherrschenden Stellung findet im Agrarsektor uneingeschränkt Anwendung. Eine

⁸ Eine wirtschaftliche Tätigkeit ist als eine Tätigkeit definiert, die darin besteht, Waren oder Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt anzubieten. Zu Einzelheiten siehe z. B. Urteil Kommission/Italien, 118/85, EU:C:1987:283, Rn. 7. Ein Unternehmen ist eine Einheit, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt.

⁹ Zu weiteren Einzelheiten und zum Hintergrund siehe Urteil Oude Luttikhuis, EU:C:1995:434, Rn. 10-16. Siehe auch die Schlussanträge des Generalanwalts Tesouro in dieser Rechtssache, EU:C:1995:277, Rn. 29-30.

Zu widerhandlung gegen Artikel 102 AEUV liegt allerdings erst dann vor, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Erstens muss eine EO oder ein Erzeuger eine beherrschende Stellung auf einem bestimmten sachlichen und räumlichen Markt (dem relevanten Markt¹⁰), d. h. eine wirtschaftliche Machtstellung innehaben, die das Unternehmen in die Lage versetzt, sich in einem nennenswerten Umfang unabhängig von seinen Wettbewerbern, seinen Abnehmern und schließlich den Verbrauchern verhalten zu können.¹¹
- b) Zweitens muss die EO oder der Erzeuger die beherrschende Stellung durch Behinderung und/oder Ausbeutung zum Nachteil von Wettbewerbern, Abnehmern und/oder Verbrauchern missbrauchen.¹²
- c) Drittens müssen diese Praktiken den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.¹³

(17) **Beispiel** für die Anwendung des Artikels 102 AEUV auf die Tätigkeiten einer EO:

Sachverhalt: Ein Weizenanbaugebiet liegt sehr weit von anderen Weizenanbaugebieten entfernt. Der Weizen wird in dem Gebiet entweder in den dortigen Mühlen zu Mehl gemahlen oder zur Herstellung von Futter für dort aufgezogene Tiere verwendet. Mahlweizen muss strengere Qualitätsanforderungen erfüllen als Futterweizen und wird zu höheren Preisen verkauft. Zur Ergänzung des örtlichen Angebots wird aus einem Nachbarland Weizen eingeführt, dessen Preis wegen der Transportkosten in der Regel über dem Ortspreis liegt. Eine große EO, in der sich (gemessen am Erzeugungsvolumen) die Hälfte der örtlichen Weizenerzeuger zusammengeschlossen hatte, belieferte die meisten örtlichen Mühlen, während die übrigen Erzeuger weniger organisiert waren und bei Bedarf die (von der großen EO nicht gedeckte) Restnachfrage der Futterhersteller und Mühlen deckten. Die Mitglieder der großen EO sind nach deren Satzung verpflichtet, ihre gesamte Erzeugung an die EO zu liefern. Aus

¹⁰ Zu Einzelheiten siehe Bekanntmachung der Kommission über die Definition des relevanten Marktes im Sinne des Wettbewerbsrechts der Gemeinschaft (ABl. C 372 vom 9.12.1997, S. 5).

¹¹ Urteil United Brands, 27/76, EU:C:1995:277, Rn. 65.

¹² Behinderungsmissbrauch umfasst jene nicht auf einem gewöhnlichen Geschäftsgebaren beruhenden Praktiken, mit denen die Wettbewerber des marktbeherrschenden Unternehmens in ihrer Wettbewerbsposition beeinträchtigt oder ganz vom Markt verdrängt werden sollen und die letztlich den Abnehmern schaden (z. B. Lieferverweigerung, Ablehnung von Lizenzanträgen oder Kampfpreise). Ausbeutungsmissbrauch dagegen ist der Versuch eines marktbeherrschenden Unternehmens, die durch seine Marktmacht eröffneten Möglichkeiten auszunutzen, um Abnehmern direkt zu schaden (z. B. durch überhöhte Preise). Zu weiteren Einzelheiten siehe Mitteilung der Kommission – Erläuterungen zu den Prioritäten der Kommission bei der Anwendung von Artikel 82 des EG-Vertrags auf Fälle von Behinderungsmissbrauch durch marktbeherrschende Unternehmen (ABl. C 45 vom 24.2.2009, S. 7).

¹³ Zu Einzelheiten siehe Bekanntmachung der Kommission – Leitlinien über den Begriff der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags (ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 81).

rechtlichen und praktischen Gründen treten nur sehr selten Mitglieder aus der EO aus. Vor einigen Jahren gründete eine Reihe von nicht der großen EO angehörenden Landwirten eine andere EO, die die Qualität und die Menge des erzeugten Weizens steigerte und in ein Lager- und Vertriebssystem investierte, um Weizen in größerem Maßstab liefern zu können. Diese neue, kleinere EO überzeugte nach und nach die örtlichen Mühlen, den Weizen bei ihr und nicht bei der großen EO zu kaufen. Angesichts der zunehmenden Marktanteilseinbußen auf dem rentableren Mahlweizenmarkt beschließt die große EO, die Großhandelspreise für Mahlweizen (Körner) unter die variablen Kosten zu senken, um ihre Abnehmer zurückzugewinnen; es gelingt ihr tatsächlich, einige dieser Abnehmer von ihrer aufstrebenden Konkurrentin abzuwerben.

Analyse: Der Markt für die Lieferung von Weizen ist angesichts der hohen Kosten für den Transport von Weizen aus anderen Anbaugebieten in das betreffende Gebiet wahrscheinlich nicht größer als dieses Gebiet. Die große EO dürfte angesichts ihres Marktanteils, ihrer Kontrolle über das Angebot, die sie durch die ihren Mitgliedern auferlegte Ausschließlichkeitsverpflichtung erlangt hat, und der Tatsache, dass Einfuhren ihr Angebot wegen der hohen Transportkosten nicht ersetzen können, eine beherrschende Stellung innehaben. Die beherrschende Stellung dürfte stabil sein, insbesondere da nur selten Mitglieder aus der EO austreten und es schwierig ist, große Mengen Weizen aus alternativen Quellen zu beziehen. Mit ihrer Kampfpreisstrategie¹⁴ wollte die große EO eine Konkurrentin (die kleinere EO) vom Markt verdrängen, was ihr auch teilweise gelang. Die EO dürfte daher ihre beherrschende Stellung unter Verstoß gegen Artikel 102 AEUV missbräuchlich ausgenutzt haben.

- (18) Die Artikel 101 und 102 AEUV gelten auch für Vereinbarungen zwischen Mitgliedern einer EO und für Vereinbarungen zwischen einer EO und ihren Mitgliedern, einschließlich der Beschlüsse und der Satzung einer EO. Der Gerichtshof hat sich in mehreren Rechtssachen¹⁵ mit Satzungen von Genossenschaften und ihrer Vereinbarkeit mit Artikel 101 Absatz 1 AEUV befasst und dabei auch anerkannt, dass solche Kooperationsvereinbarungen unter bestimmten Voraussetzungen wettbewerbsfördernde Auswirkungen haben können¹⁶.
- (19) **Beispiel** für die Anwendung des Artikels 101 AEUV auf Vereinbarungen zwischen Mitgliedern einer EO:

Sachverhalt: Mehrere kleine Erzeuger von Braugerste gründen eine EO, um ihr Erzeugnis auf der Grundlage eines gemeinsamen Liefervertrags zu einem gemeinsamen Preis an eine örtliche Whiskybrennerei zu verkaufen. Grund hierfür ist vor allem, dass die Erzeuger einzeln nicht in

¹⁴ Zu weiteren Einzelheiten zur Feststellung eines Kampfpreisverhaltens siehe Abschnitt C (hauptsächlich Rn. 63-66) der Mitteilung der Kommission – Erläuterungen zu den Prioritäten der Kommission bei der Anwendung von Artikel 82 des EG-Vertrags auf Fälle von Behinderungsmissbrauch durch marktbeherrschende Unternehmen (ABl. C 45 vom 24.2.2009, S. 7).

¹⁵ Siehe unter anderem Urteil Oude Luttikhuis, EU:C:1995:434, Rn. 13; Urteil Dansk Landbrugs Grovvareselskab (DLG), C-250/92, EU:C:1994:413, z. B. Rn. 28 und 35.

¹⁶ Z. B. Urteil Dansk Landbrugs Grovvareselskab (DLG), EU:C:1994:413, Rn. 32; Urteil Oude Luttikhuis, EU:C:1995:434, Rn. 12; Urteil Florimex, oben in Fußnote 9 angeführt, EU:T:1997:69, Rn. 40.

der Lage sind, die von der Brennerei gewünschten Mengen zu liefern, und die Brennerei nicht mit mehreren kleinen Anbietern getrennt verhandeln will. Die EO wickelt die gesamte Vermarktung der Braugerste ab und organisiert die Lieferlogistik einschließlich des Transports. Auf die EO entfallen 8 % des Marktes für die Lieferung von Braugerste an die Brennereien der Region.

Analyse: Der gemeinsame Verkauf durch die Erzeuger fällt unter das in Artikel 101 Absatz 1 AEUV festgelegte Verbot wettbewerbswidriger Vereinbarungen, da er den Preiswettbewerb zwischen unabhängigen Erzeugern ausschaltet. Das von der EO organisierte Vermarktungssystem scheint jedoch erhebliche Vorteile für den Vertrieb der Waren mit sich zu bringen, die an die Verbraucher weitergegeben werden. Zunächst gewährleistet es, dass ein weiterer Anbieter auf dem Markt in der Lage ist, die vom Käufer gewünschten Mengen zu liefern, so dass der Wettbewerb zum Vorteil dieses Käufers zunimmt. Ferner könnten die Lieferkosten infolge des besser integrierten Logistiksystems und der niedrigeren Transaktionskosten geringer ausfallen, als wenn der Käufer direkt bei allen einzelnen Erzeugern kaufen würde. Eine Beschränkung des Wettbewerbs ist angesichts des geringen Marktanteils der EO unwahrscheinlich. Die in Rede stehende Vereinbarung dürfte daher nach Artikel 101 Absatz 3 AEUV zu rechtfertigen sein.

- (20) Die Artikel 101 und 102 AEUV gelten zwar grundsätzlich für Vereinbarungen zwischen Erzeugern, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb einer EO geschlossen werden, und für Vereinbarungen, die von EO mit ihren Mitgliedern oder mit Dritten geschlossen werden, diese Vereinbarungen können jedoch auf der Grundlage der GMO-Verordnung oder der allgemeinen Wettbewerbsvorschriften wie nachstehend in den Abschnitten 2.2 und 2.3 beschrieben von der Anwendung dieser Artikel freigestellt sein.

2.2 Ausnahmeregelung zu den Artikeln 101 und 102 AEUV für den Olivenöl-, den Rindfleisch- und den Kulturpflanzensektor nach den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung

- (21) Nach Artikel 206 der GMO-Verordnung finden die Artikel 101 und 102 AEUV auf Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen bezüglich des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen Anwendung, „[s]ofern in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist“. Durch die Festlegung besonderer Vorschriften für Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen von Erzeugern landwirtschaftlicher Erzeugnisse in bestimmten Sektoren wird mit den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung eine Ausnahmeregelung zu den Artikeln 101¹⁷ 18 und 102¹⁹ AEUV geschaffen.

¹⁷ Die Leitlinien gelten für die von EO im Namen ihrer Mitglieder ausgehandelten Lieferverträge unabhängig von dem durch diese bewirkten Integrationsgrad, ausgenommen Rechtsgeschäfte, die einen Zusammenschluss im Sinne des Artikels 3 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (Fusionskontrollverordnung; ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1) darstellen, wie zum Beispiel die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens, das auf Dauer alle Funktionen einer selbstständigen wirtschaftlichen Einheit erfüllt.

¹⁸ Artikel 101

- (22) Die Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung werden in den Leitlinien zusammen oder einzeln als die „Ausnahmeregelung“ bezeichnet.
- (23) Die Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung betreffen Olivenöl, Erzeugnisse des Rindfleischsektors und bestimmte Erzeugnisse des Kulturpflanzensektors²⁰. Nach

(1) Mit dem Binnenmarkt unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des Binnenmarkts bezwecken oder bewirken, insbesondere

- a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;
- b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;
- c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;
- d) die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- e) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 1 können für nicht anwendbar erklärt werden auf

- Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,
 - Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen,
 - aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,
- die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen
- a) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind, oder
 - b) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

¹⁹ Artikel 102

Mit dem Binnenmarkt unvereinbar und verboten ist die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem Binnenmarkt oder auf einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

Dieser Missbrauch kann insbesondere in Folgendem bestehen:

- a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen;
- b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher;
- c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- d) der an den Abschluss von Verträgen geknüpften Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

²⁰ Unter Artikel 171 der GMO-Verordnung fallen die folgenden, nicht zur Aussaat und – im Falle von Gerste – zur Verwendung als Braugerste bestimmten Erzeugnisse:

- a) Weichweizen des KN-Codes ex 1001 99 00;

Artikel 169 Absatz 1, Artikel 170 Absatz 1 und Artikel 171 Absatz 1 der GMO-Verordnung kann eine „gemäß Artikel 152 Absatz 1 anerkannte Erzeugerorganisation im ...sektor, die zum Ziel hat, das Angebot zu bündeln, die Erzeugnisse ihrer Mitglieder zu vermarkten und/oder die Produktionskosten zu optimieren, ... im Namen ihrer Mitglieder für deren gesamte Erzeugung oder einen Teil davon Verträge über die Lieferung [von Erzeugnissen dieser Sektoren, die unter die Definitionen in diesen Artikeln fallen,] aushandeln“.

- (24) Die Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung betreffen demnach Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen von EO im Zusammenhang mit der Aushandlung von Lieferverträgen im Namen ihrer Mitglieder.
- (25) Die Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung erlauben ²¹ gemeinsame Liefertätigkeiten, d. h. gemeinsame Verkaufs- und verkaufsbezogene Tätigkeiten in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse im Olivenöl-, Rindfleisch- und Kulturpflanzensektor, die von Erzeugern dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse über EO vorgenommen werden.
- (26) Mit der Ausnahmeregelung soll die Verhandlungsmacht der Erzeuger in den betreffenden Sektoren gegenüber den nachgelagerten Marktteilnehmern gestärkt werden, um einen angemessenen Lebensstandard der Erzeuger und eine rentable Entwicklung der Erzeugung sicherzustellen. Dieses Ziel muss im Einklang mit den in Artikel 39 AEUV festgelegten GAP-Zielen verwirklicht werden. Genauer gesagt sollte dadurch erreicht werden, dass durch die Integration von Tätigkeiten in EO erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, mit dem Ergebnis, dass die Tätigkeiten der EO insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen²².
- (27) Der Zweck der Ausnahmeregelung ist dadurch zu erreichen, dass die EO wirksam das Angebot bündeln und die Erzeugnisse vermarkten²³ und in der Folge Lieferverträge im Namen ihrer Mitglieder aushandeln. Zur Bündelung des Angebots und zur Vermarktung der Erzeugnisse müssen die EO eine Vermarktungsstrategie wirksam verfolgen.

-
- b) Gerste des KN-Codes ex 1003 90 00;
 - c) Mais des KN-Codes 1005 90 00;
 - d) Roggen des KN-Codes 1002 90 00;
 - e) Hartweizen des KN-Codes 1001 19 00;
 - f) Hafer des KN-Codes 1004 90 00;
 - g) Triticale des KN-Codes ex 1008 60 00;
 - h) Rapssamen des KN-Codes ex 1205;
 - i) Sonnenblumensamen des KN-Codes ex 1206 00;
 - j) Sojabohnen des KN-Codes 1201 90 00;
 - k) Ackerbohnen des KN-Codes ex 0708 und ex 0713;
 - l) Futtererbsen des KN-Codes ex 0708 und ex 0713.

²¹ Siehe jeweils Absatz 1 der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.

²² Siehe Erwägungsgrund 139 der GMO-Verordnung.

²³ Siehe jeweils Absatz 2 Buchstabe d der Artikel 169 bis 171 der GMO-Verordnung.

- (28) Zur Umsetzung ihrer Strategie führen die EO in der Regel Verhandlungen über alle Bestandteile von Lieferverträgen und legen Folgendes fest: Preise, Mengen und möglicherweise auch andere Vertragsbedingungen wie Bezugnahmen auf Qualitätsanforderungen an die Erzeugnisse, Laufzeit des Vertrags, Kündigungsklauseln, Ausstiegsklauseln²⁴, Einzelheiten zu Zahlungsfristen und -verfahren, Regelungen für die Abholung und Lieferung der Erzeugnisse sowie die im Falle höherer Gewalt anzuwendenden Vorschriften.
- (29) Die Umsetzung der Vermarktungsstrategie der EO kann auch Vereinbarungen und Verhaltensweisen zwischen der EO und ihren Mitgliedern erforderlich machen, die untrennbar mit der Vermarktungsstrategie der EO verbunden sind, zum Beispiel eine Produktionsplanung²⁵ und der Austausch sensibler Geschäftsinformationen²⁶.
- (30) In den Leitlinien wird die Aushandlung von Lieferverträgen durch eine EO im Namen ihrer Mitglieder als „Vertragsverhandlungen“ bezeichnet.
- (31) Vertragsverhandlungen können in unterschiedlicher Form stattfinden, z. B. im Wege einer (traditionellen oder Online-)Auktion, durch Telefonverkauf, auf dem Spotmarkt oder an der Terminbörse. Die Form der Vertragsverhandlungen hat keinen Einfluss auf die Anwendung der Ausnahmeregelung.
- (32) Die Vertragsverhandlungen können von einer EO unter anderem auf der Grundlage bilateraler Geschäfte oder auf öffentlichen Handelsmärkten²⁷ geführt werden. Für die Vertragsverhandlungen ist nicht von Bedeutung, ob das Eigentum an den Erzeugnissen von den Erzeugern auf die EO übergeht.²⁸ Ferner können die gemeinsamen

²⁴ Der Ausstieg aus einem Vertrag kann zum Beispiel im Falle eines durch Witterungsverhältnisse oder Seuchen verursachten Ernteausfalls notwendig sein.

²⁵ Die Vermarktungsstrategie der EO kann eine Produktionsplanung der Mitglieder erfordern, um eine der Vermarktungsstrategie entsprechende Lieferung der Erzeugnisse von den Mitgliedern an die EO sicherzustellen. Eine Produktionsplanung, die Bestandteil der Vermarktungsstrategie der EO ist, fällt daher unter die Ausnahmeregelung. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Produktionsplanung außerhalb einer solchen Strategie erfolgt. In diesem Fall kann die Produktionsplanung unter andere Ausnahmeregelungen zu den Wettbewerbsvorschriften nach der GMO-Verordnung fallen.

²⁶ Die Vermarktungsstrategie der EO kann den Austausch sensibler Geschäftsinformationen zwischen den Mitgliedern erfordern, um beispielsweise zu ermitteln, in welchem Umfang die Mitglieder ihre Lieferungen an die EO steigern könnten. Der Austausch sensibler Geschäftsinformationen, der Bestandteil der Vermarktungsstrategie der EO ist, fällt daher unter die Ausnahmeregelung. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Austausch sensibler Geschäftsinformationen außerhalb einer solchen Strategie erfolgt. In diesem Fall kann der Austausch sensibler Geschäftsinformationen unter andere Ausnahmeregelungen zu den Wettbewerbsvorschriften nach der GMO-Verordnung fallen.

²⁷ Die EO kann den öffentlichen Handelsmarkt, z. B. eine Auktionsplattform, auch selbst einrichten und betreiben.

²⁸ Siehe jeweils Absatz 2 Buchstabe a der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.

Liefertätigkeiten unabhängig davon ausgeübt werden, ob der von der EO ausgehandelte Lieferpreis für die Erzeugung einiger oder aller ihrer Mitglieder gilt.²⁹

- (33) Um die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen zu können, muss eine EO jedoch eine Reihe von Voraussetzungen³⁰ erfüllen, wenn sie Lieferverträge im Namen ihrer Mitglieder aushandelt:
- a) Die EO muss im Einklang mit Artikel 152 Absatz 1 der GMO-Verordnung (bzw. Artikel 156 Absatz 1 der GMO-Verordnung im Falle einer VEO) von den nationalen Behörden förmlich anerkannt worden sein.
 - b) Die EO muss zum Ziel haben, das Angebot zu bündeln, die Erzeugnisse ihrer Mitglieder zu vermarkten und/oder die Produktionskosten zu optimieren.
 - c) Diese Ziele sind erreicht, wenn eine Integration von Tätigkeiten erfolgt und es wahrscheinlich ist, dass diese Integration erhebliche Effizienzgewinne erbringt, so dass die Tätigkeiten der EO insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen.
 - e) Die Menge eines bestimmten Erzeugnisses, über die eine EO verhandelt, darf nicht mehr als 15 % der gesamten Erzeugung in dem betreffenden Mitgliedstaat (im Falle von Kulturpflanzen und Rindern) bzw. 20 % des relevanten Marktes (im Falle von Olivenöl) betragen.
 - f) Die Erzeuger dürfen nicht mehr als einer EO angehören, die in ihrem Namen Lieferverträge aushandelt.
 - g) Die EO muss den zuständigen nationalen Behörden mitteilen, auf welche Menge des Erzeugnisses sich die Verhandlungen beziehen.
- (34) Diese besonderen Voraussetzungen werden in Abschnitt 2.4 ausführlich erörtert.
- (35) Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die die Voraussetzungen des Artikels 169, 170 oder 171 der GMO-Verordnung nicht erfüllen (zum Beispiel weil auf den gemeinsamen Verkauf von Kulturpflanzen mehr als 15 % der gesamten Erzeugung in dem betreffenden Mitgliedstaat entfallen), kommen nicht für die Anwendung der Ausnahmeregelung in Betracht, sie verstoßen jedoch auch nicht automatisch gegen die Wettbewerbsvorschriften, wie nachstehend in Abschnitt 2.3 dargelegt wird.

2.3 Andere Prüfungsmöglichkeiten zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit von Liefervertragsverhandlungen einer EO im Namen ihrer Mitglieder

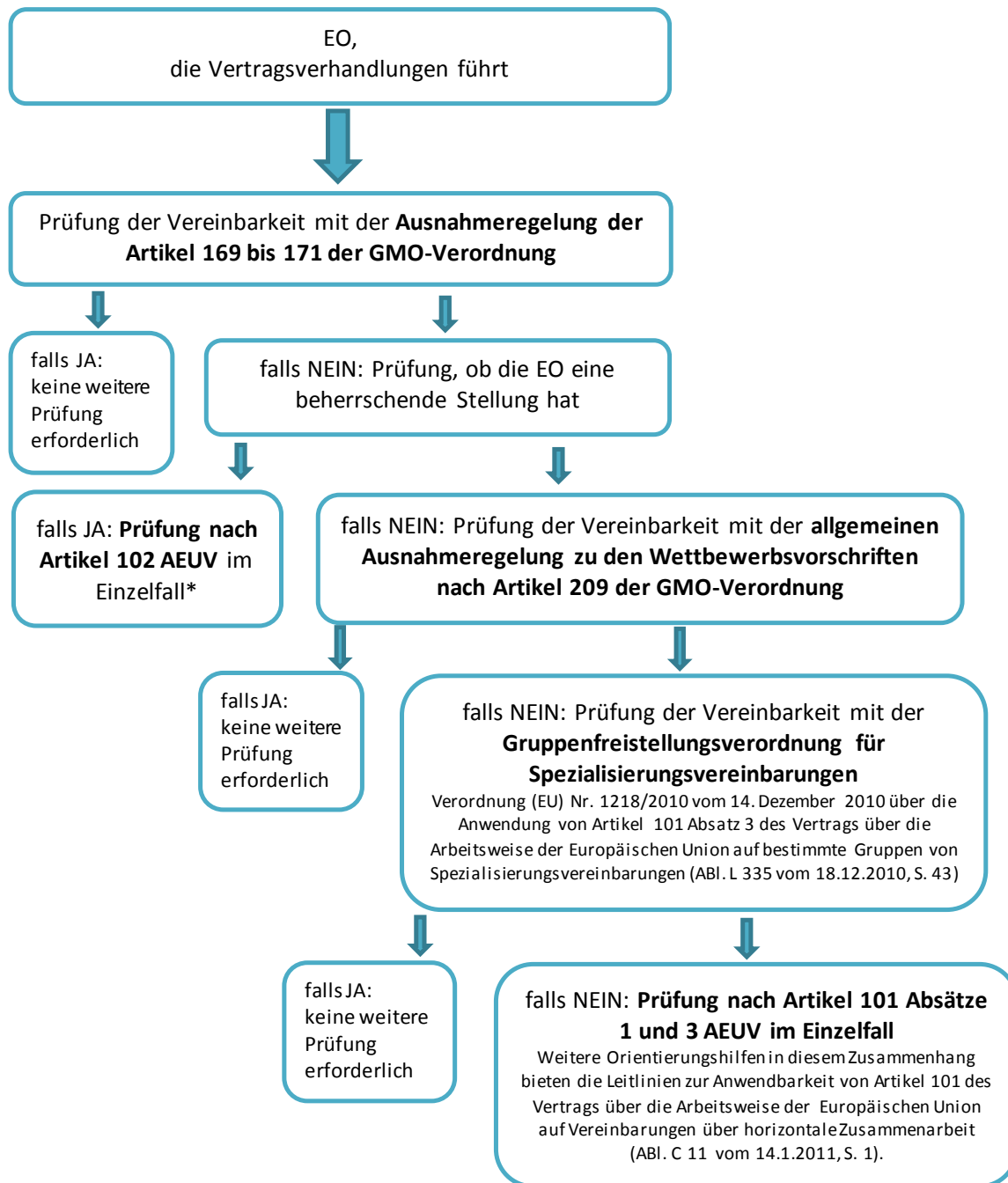
- (36) Zunächst ist daran zu erinnern, dass die Vorschriften der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung den Charakter einer wettbewerbsrechtlichen Ausnahmeregelung oder

²⁹ Siehe jeweils Absatz 2 Buchstabe b der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.

³⁰ Dies ist nur ein Überblick über die wichtigsten Voraussetzungen. Die einzelnen Punkte werden in den einschlägigen Abschnitten ausführlich behandelt. Eine vollständige Liste der Voraussetzungen ist in den betreffenden Rechtsvorschriften, nämlich den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung zu finden.

eines geschützten Bereichs („safe harbour“) haben, in dem die Artikel 101 und 102 AEUV nicht gelten. Wenn die Voraussetzungen der Ausnahmeregelung nicht erfüllt sind, stellt dies jedoch nicht automatisch und unmittelbar eine Zuwiderhandlung gegen die Wettbewerbsvorschriften dar. Es gibt mehrere andere Möglichkeiten, die Vereinbarkeit von mit Vertragsverhandlungen verbundenen Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen mit den Artikeln 101 und 102 AEUV zu gewährleisten.

- (37) Eine EO und/oder ihre Mitglieder im Olivenöl-, Rindfleisch- oder Kulturpflanzen Sektor können wie folgt prüfen, ob die Tätigkeiten einer EO, die unter anderem Vertragsverhandlungen führt, mit den Artikeln 101 und 102 AEUV vereinbar sind:



* Zu Aspekten bei Vertragsverhandlungen einer beherrschenden EO, die für die Anwendung des Artikels 101 Absatz 1 AEUV möglicherweise von Bedeutung sind, siehe auch den Pfad für nichtbeherrschende EO.

(38) Diese verschiedenen Prüfungen werden in den folgenden Unterabschnitten erläutert. Es werden allerdings nur die Grundzüge der Anwendung dieser Instrumente beschrieben. Eine vollständige Liste der Voraussetzungen ist nur in den betreffenden Rechtstexten zu finden.

2.3.1 Allgemeine Ausnahmeregelung zu den Wettbewerbsvorschriften nach Artikel 209 der GMO-Verordnung

- (39) Artikel 206 der GMO-Verordnung bestätigt den allgemeinen Grundsatz, dass das Wettbewerbsrecht der Union auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen Erzeugnissen Anwendung findet. Dies gilt jedoch vorbehaltlich der Artikel 207 bis 210 der GMO-Verordnung. Artikel 209 der GMO-Verordnung nimmt Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen bezüglich der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und des Handels mit diesen Erzeugnissen vom Anwendungsbereich des Artikels 101 Absatz 1 AEUV aus, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Im Gegensatz zu den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung gilt diese Ausnahmeregelung für alle unter die GMO-Verordnung fallenden Agrarsektoren. Sie stellt daher ein gesondertes, eigenständiges Instrument dar und wird im Folgenden als „allgemeine Ausnahmeregelung“ bezeichnet.
- (40) Erzeuger können diese allgemeine Ausnahmeregelung in zwei unterschiedlichen Fällen in Anspruch nehmen:
- a) Artikel 101 Absatz 1 AEUV findet keine Anwendung auf Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen bezüglich der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und des Handels mit diesen Erzeugnissen, sofern sie zur Verwirklichung der GAP-Ziele des Artikels 39 AEUV notwendig sind. Der Gerichtshof hat in diesem Zusammenhang entschieden, dass eine Vereinbarung, auch wenn sie als zur Verwirklichung eines oder mehrerer dieser Ziele notwendig angesehen werden kann, aber zur Erreichung eines anderen Ziels nicht notwendig ist (oder die Verwirklichung eines anderen Ziels sogar gefährdet), nicht unter diese Ausnahmeregelung fallen kann³¹ (Artikel 209 Absatz 1 Unterabsatz 1 der GMO-Verordnung).
 - b) Artikel 101 Absatz 1 AEUV findet keine Anwendung auf Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen von
 - Erzeugern,
 - Vereinigungen von Erzeugern,
 - Vereinigungen dieser Erzeugervereinigungen,
 - nach Artikel 152 der GMO-Verordnung anerkannten EO,
 - nach Artikel 156 der GMO-Verordnung anerkannten VEO,soweit sie die Erzeugung oder den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder die Benutzung gemeinschaftlicher Einrichtungen für die Lagerung, Be- oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreffen, es sei denn, dass dadurch die GAP-Ziele gefährdet werden (Artikel 209 Absatz 1 Unterabsatz 2 der GMO-Verordnung).

³¹ Urteil Frubo, EU:C:1975:61; Urteil Florimex, oben in Fußnote 9 angeführt, EU:T:1997:69; Urteil Oude Luttikhuis EU:C:1995:434; Urteil vom 13. Dezember 2006, FNCBV/Kommission, T-217/03 und T-245/03, EU:T:2006:391.

- (41) Die allgemeine Ausnahmeregelung (beide Fälle) findet keine Anwendung auf Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die zu einer Preisbindung verpflichten oder durch die der Wettbewerb ausgeschlossen wird.
- (42) Für die Inanspruchnahme der allgemeinen Ausnahmeregelung des Artikels 209 der GMO-Verordnung ist kein Beschluss der Kommission oder einer nationalen Wettbewerbsbehörde erforderlich, das heißt, ihre Anwendung beruht auf einer Prüfung durch die Erzeuger. Die Beweislast für eine Zuwiderhandlung gegen Artikel 101 Absatz 1 AEUV obliegt in allen nationalen und Unionsverfahren demjenigen, der diesen Vorwurf erhebt. Jedoch trägt die Partei, die die allgemeine Ausnahmeregelung für sich geltend macht, die Beweislast dafür, dass die Voraussetzungen der allgemeinen Ausnahmeregelung erfüllt sind.

2.3.2 Gruppenfreistellungsverordnung für Spezialisierungsvereinbarungen

- (43) Nach der Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 der Kommission³² (im Folgenden „GVO für Spezialisierungsvereinbarungen“) können Spezialisierungsvereinbarungen unter anderem Vereinbarungen, Beschlüsse oder abgestimmte Verhaltensweisen von Unternehmen sein, mit denen sich diese verpflichten, bestimmte Produkte gemeinsam zu produzieren oder untereinander Unteraufträge für die Produktion eines oder mehrerer Produkte zu vergeben (wobei ein Unternehmen eines dieser Produkte ausschließlich produziert)³³.
- (44) Für den Agrarsektor bedeutet dies, dass sich Spezialisierungsvereinbarungen auf die gemeinsame Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder auf Tätigkeiten zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu anderen Produkten wie Schlachten und Zerlegen von Fleisch oder Mahlen von Getreide beziehen können. Im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen EO betreffen Spezialisierungsvereinbarungen wahrscheinlich eher die Verarbeitung von Agrarrohstoffen zu anderen Produkten, da es nur wenige Gemeinschaftsunternehmen zur Erzeugung von Agrarrohstoffen gibt.
- (45) In der GVO für Spezialisierungsvereinbarungen wird festgestellt, dass nach Artikel 101 Absatz 3 AEUV Artikel 101 Absatz 1 AEUV nicht für Spezialisierungsvereinbarungen gilt, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.³⁴
- (46) Erstens darf der gemeinsame Marktanteil der Parteien auf dem relevanten Markt nicht mehr als 20 % betragen.
- (47) Zweitens dürfen die Spezialisierungsvereinbarungen keine Kernbeschränkungen enthalten, d. h. eine Festsetzung der Preise, eine Beschränkung der Produktion oder eine Zuweisung von Märkten oder Kunden.

³² Verordnung (EU) Nr. 1218/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (ABl. L 335 vom 18.12.2010, S. 43).

³³ Zu Einzelheiten der Begriffsbestimmungen siehe Artikel 1 der GVO für Spezialisierungsvereinbarungen.

³⁴ Artikel 2 der GVO für Spezialisierungsvereinbarungen.

(48) Es gibt jedoch Ausnahmen. Der geschützte Bereich („safe harbour“) der GVO für Spezialisierungsvereinbarungen könnte für Folgendes gelten³⁵:

- die Festsetzung der Preise für direkte Abnehmer im Rahmen des gemeinsamen Vertriebs der nach der Spezialisierungsvereinbarung produzierten Produkte,
- die Festlegung von Kapazität und Produktionsvolumen in Vereinbarungen über die gemeinsame Produktion und
- die Festlegung von Absatzzielen im Rahmen des gemeinsamen Vertriebs der nach der Spezialisierungsvereinbarung produzierten Produkte.

(49) **Beispiel** für eine mögliche Anwendung der GVO für Spezialisierungsvereinbarungen im Agrarsektor:

Sachverhalt: Mehrere Kulturpflanzenerzeuger vereinbaren, gemeinsam Tierfutter aus Rapssamen herzustellen. Zuvor hatten sie lediglich die Samen an die Verarbeitungsbetriebe verkauft. Sie schließen eine Vereinbarung über die gemeinsame Produktion, die für die Gesamtheit der von ihnen erzeugten Rapssamen gilt. Ferner richten sie einen gemeinsamen Vertrieb ein und setzen gemeinsam den Preis fest, zu dem sie ihre gesamte Produktion an Tierfutter aus Rapssamen an Rinderhalter verkaufen. Innerhalb eines Jahres erreichen die Kulturpflanzenerzeuger einen Marktanteil von 9,3 % auf dem Markt für Tierfutter aus Rapssamen.

Analyse: Vereinbarungen über die gemeinsame Produktion werden als eine Art der Spezialisierungsvereinbarung angesehen, die unter die GVO für Spezialisierungsvereinbarungen fällt. Der engstmögliche Markt dürfte der Markt für Tierfutter aus Rapssamen sein (er könnte aber auch weiter sein und Tierfutter aus anderen Quellen einschließen). Der gemeinsame Marktanteil der Parteien auf dem Markt für Tierfutter aus Rapssamen liegt im Einklang mit Artikel 3 der GVO nicht über 20 %. Die Vereinbarung umfasst zwar eine Preisfestsetzung, die Festsetzung der Preise für direkte Abnehmer (hier die Rinderhalter) im Rahmen des gemeinsamen Vertriebs ist jedoch nach Artikel 4 Buchstabe a der GVO zulässig. Auch die in der Vereinbarung enthaltene Alleinbelieferungsverpflichtung seitens dreier Kulturpflanzenerzeuger fällt unter die GVO (Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a). Die in Rede stehende Vereinbarung über die gemeinsame Produktion fällt daher unter die GVO für Spezialisierungsvereinbarungen und stellt keine gegen Artikel 101 AEUV verstoßende wettbewerbswidrige Vereinbarung dar.

2.3.3 Einzelfallprüfung nach Artikel 101 Absätze 1 und 3 sowie Artikel 102 AEUV

(50) Alle Unternehmen, auch landwirtschaftliche Erzeuger und EO, können ihre Vereinbarungen, Beschlüsse oder Verhaltensweisen selbst auf deren Vereinbarkeit mit Artikel 101 Absätze 1 und 3 sowie Artikel 102 AEUV prüfen.

(51) Um Unternehmen eine Orientierungshilfe zu bieten und ihnen die Prüfung ihrer Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen zu erleichtern, hat die Kommission

³⁵ Artikel 4 der GVO für Spezialisierungsvereinbarungen.

Leitlinien für die Anwendung der Artikel 101 und 102 AEUV festgelegt. Die wichtigsten sind in diesem Zusammenhang

- die Leitlinien zur Anwendbarkeit von Artikel 101 AEUV auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit³⁶, insbesondere in Bezug auf Vereinbarungen über die gemeinsame Produktion³⁷ und Vereinbarungen über die gemeinsame Vermarktung³⁸ (zu Vereinbarungen über die gemeinsame Vermarktung siehe auch das Beispiel unter Randnummer (19))
- die Leitlinien zur Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag [*jetzt Artikel 101 Absatz 3 AEUV*]³⁹

2.4 Voraussetzungen für die Ausnahmeregelung

(52) Die mit den Artikeln 169 bis 171 der GMO-Verordnung geschaffene Ausnahmeregelung unterliegt einer Reihe von Voraussetzungen in Bezug auf:

- a) die Anerkennung als EO/VEO,
- b) die Ziele der EO,
- c) das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne,
- d) die Beziehungen zwischen der EO und ihren Mitgliedern,
- e) die Obergrenze für die Erzeugnismengen, die Gegenstand von Vertragsverhandlungen sind,
- f) die Mitteilungspflichten.

(53) In diesem Abschnitt wird jede dieser Voraussetzungen analysiert.

2.4.1 Anerkennung als EO/VEO

(54) Eine EO oder eine VEO muss im Einklang mit Artikel 152 Absatz 1⁴⁰ bzw. Artikel 156 Absatz 1 der GMO-Verordnung von den nationalen Behörden förmlich anerkannt

³⁶ ABl. C 11 vom 14.1.2011, S. 1.

³⁷ Siehe die Randnummern 150 bis 293 der Leitlinien zur Anwendbarkeit von Artikel 101 AEUV auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit.

³⁸ Zu Einzelheiten in Bezug auf Vereinbarungen über die gemeinsame Vermarktung siehe die Randnummern 225 bis 257 der Leitlinien zur Anwendbarkeit von Artikel 101 AEUV auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit.

³⁹ ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 97.

⁴⁰ Artikel 152
Erzeugerorganisationen

(1) Die Mitgliedstaaten können auf Antrag Erzeugerorganisationen anerkennen, die:

worden sein. Eine EO kann eine juristische Person oder Teil einer juristischen Person sein.

- (55) Das Anerkennungsverfahren wird von einer nationalen Behörde durchgeführt, die von dem zuständigen Mitgliedstaat bestimmt wird.
- (56) Eine EO kann Mitglied einer anderen EO (einer sogenannten „EO der zweiten Stufe“) sein, die die Produktion der ihr angeschlossenen EO vermarktet. Der zuständige Mitgliedstaat entscheidet, ob eine solche EO der zweiten Stufe als EO oder als VEO anerkannt wird. Da die Ausnahmeregelung für EO wie für VEO gilt, kann die EO der zweiten Stufe in beiden Fällen die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen.
- (57) Mitglied einer EO können neben Erzeugern auch Unternehmen sein, bei denen es sich nicht um Erzeuger der betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse handelt. EO, an denen auch Nichterzeuger beteiligt sind, müssen alle Voraussetzungen für die Gründung und die Satzung von EO erfüllen, unter anderem in Bezug auf die Beschlussfassung und die demokratische Kontrolle nach den Artikeln 152, 153 und 154 der GMO-Verordnung.

2.4.2 Ziele einer EO

-
- a) aus Erzeugern aus bestimmten der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Sektoren bestehen und von diesen Erzeugern gemäß Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe c kontrolliert werden;
 - b) auf Initiative der Erzeuger gebildet wurden;
 - c) ein spezifisches Ziel verfolgen, das mindestens eine der folgenden Zielsetzungen einschließen kann:
 - i) Sicherstellung einer planvollen und insbesondere in quantitativer und qualitativer Hinsicht nachfragegerechten Erzeugung;
 - ii) Bündelung des Angebots und Vermarktung der Erzeugung ihrer Mitglieder, auch durch Direktwerbung;
 - iii) Optimierung der Produktionskosten und Investitionserträge als Reaktion auf Umwelt- und Tierschutznormen und Stabilisierung der Erzeugerpreise;
 - iv) Durchführung von Forschungsarbeiten und Erarbeitung von Initiativen zu nachhaltigen Erzeugungsverfahren, innovativen Verfahren, wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und Marktentwicklungen;
 - v) Förderung umweltgerechter Anbau- und Herstellungsverfahren und Bereitstellung technischer Hilfe, damit diese zum Einsatz kommen, sowie solide Praktiken und Verfahren im Bereich Tierschutz;
 - vi) Förderung und Bereitstellung technischer Hilfe für die Anwendung von Produktionsnormen, die Verbesserung der Produktqualität und die Entwicklung von Erzeugnissen mit geschützter Ursprungsbezeichnung, geschützter geografischer Angabe oder einem nationalen Gütezeichen;
 - vii) Bewirtschaftung der Nebenerzeugnisse und Abfallverwertung, insbesondere zum Schutz der Gewässer, des Bodens und der Landschaft sowie zur Erhaltung oder Förderung der Biodiversität;
 - viii) Beitrag zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und Bekämpfung des Klimawandels;
 - ix) Entwicklung von Initiativen im Bereich Werbung und Vermarktung;
 - x) Verwaltung der in operationellen Programmen genannten Fonds auf Gegenseitigkeit im Sektor Obst und Gemüse gemäß Artikel 31 Absatz 2 der vorliegenden Verordnung und gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013;
 - xi) Bereitstellung der erforderlichen technischen Hilfe für die Benutzung der Zukunftsmärkte und der Versicherungssysteme.

- (58) Um die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen zu können, muss eine EO mindestens eines der folgenden Ziele verfolgen:
- a) Bündelung des Angebots,
 - b) Vermarktung der Erzeugung ihrer Mitglieder⁴¹ und
 - c) Optimierung der Produktionskosten⁴².
- (59) Für die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung ist ferner erforderlich, dass die EO für die Menge der Erzeugnisse, die Gegenstand der Vertragsverhandlungen ist, auch tatsächlich das Angebot bündelt und die Erzeugnisse ihrer Mitglieder vermarktet.⁴³ Die Verfolgung des Ziels, die Produktionskosten zu optimieren (siehe oben, Buchstabe c), reicht daher nicht aus, um die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen zu können, wenn nicht gleichzeitig auch die beiden übrigen Ziele, die Bündelung des Angebots und die Vermarktung der Erzeugung ihrer Mitglieder, tatsächlich verwirklicht werden.
- (60) Das Ziel der Vermarktung bezieht sich auf die Erzeugnisse der Mitglieder einer EO. Dies schließt nicht aus, dass die EO als Nebentätigkeit auch Erzeugnisse in die Vertragsverhandlungen einbeziehen kann, die sie getrennt gekauft hat. Dies steht mit dem anderen Ziel der EO im Einklang, das Angebot zu bündeln. Die Möglichkeit, bei Nichtmitgliedern⁴⁴ getrennt gekaufte Erzeugnisse einzubeziehen, würde es der EO erlauben, in bestimmten Fällen größere Abnehmer zu erreichen, die größere Mengen benötigen, als die Mitglieder zu dem betreffenden Zeitpunkt anbieten können. Diese Möglichkeit würde es der EO zudem erlauben, die zu einem bestimmten Zeitpunkt – etwa aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse – fehlenden Erzeugnisse von Mitgliedern zu ersetzen und damit der Gefahr vorzubeugen, dass die EO einen Abnehmer verliert.
- (61) Nach der Ausnahmeregelung darf der Kauf von Erzeugnissen bei Nichtmitgliedern jedoch nicht zur Haupttätigkeit einer EO werden, denn nach dieser Regelung sollte eine EO in erster Linie darauf ausgerichtet sein, die Erzeugnisse ihrer Mitglieder zu vermarkten. Um die Ziele der Ausnahmeregelung zu wahren, sollte der Kauf von Erzeugnissen bei Nichtmitgliedern eine Nebentätigkeit bleiben. Dies wäre der Fall, wenn eine EO unter normalen Umständen innerhalb eines Jahres nicht mehr als 25 % der Erzeugung, die Gegenstand von Vertragsverhandlungen ist, dazukaufte. Es kann

⁴¹ Eine EO unternimmt Anstrengungen, um Erzeugnisse effektiv zu verkaufen, das heißt, sie setzt nicht nur eine gemeinsame Vermarktungsstrategie um, sondern unterbreitet in Bezug auf die Erzeugnisse ihrer Mitglieder auch Verkaufsangebote und schließt Kaufverträge mit Abnehmern/Käufern.

⁴² Siehe jeweils Absatz 1 Unterabsatz 1 der Artikel 169 bis 171 der GMO-Verordnung.

⁴³ Siehe jeweils Absatz 2 Buchstabe d der Artikel 169 bis 171 der GMO-Verordnung.

⁴⁴ Ein Nichtmitglied kann entweder ein Erzeuger, der nicht Mitglied der EO ist, oder ein Händler sein. Die Nichtmitglieder sind nicht direkt an den von der EO im Namen ihrer Mitglieder geführten Vertragsverhandlungen beteiligt, das heißt, die EO verhandelt unabhängig von den Nichtmitgliedern. Die Erzeugnisse der Nichtmitglieder werden von der EO bei den Nichtmitgliedern getrennt gekauft; diese Verhandlungen mit den Nichtmitgliedern sind nicht Teil der Vertragsverhandlungen und fallen daher nicht unter die Ausnahmeregelung.

jedoch Ausnahmesituationen geben (z. B. im Zusammenhang mit den Witterungsverhältnissen oder Seuchen), in denen eine Überschreitung dieser Obergrenze gerechtfertigt sein könnte, ohne dass der Charakter des Zukaufs als Nebentätigkeit beeinträchtigt wird.

- (62) Alle in den Artikeln 169 bis 171 der GMO-Verordnung festgelegten Voraussetzungen der Ausnahmeregelung müssen auch für die bei Nichtmitgliedern gekauften Mengen erfüllt sein. Insbesondere sind diese Mengen in die Mengen einzubeziehen, die Gegenstand der Vertragshandlungen sind, wenn es darum geht, die Einhaltung der Obergrenzen von 15 % der gesamten nationalen Erzeugung im Rindfleisch- und im Kulturpflanzensektor bzw. 20 % des relevanten Marktes im Olivenölsektor zu gewährleisten.
- (63) **Beispiel** für die Anwendung der Ausnahmeregelung auf Vertragsverhandlungen einer EO im Namen ihrer Mitglieder unter Einbeziehung von Erzeugnissen nicht angeschlossener Erzeuger:

Sachverhalt: Fünfzehn kleine Erzeuger von Gerste haben eine EO gegründet, um zusammen ein Erzeugungsvolumen zu erreichen, das für die Aushandlung eines Liefervertrags mit einem großen regionalen Stärkehersteller ausreicht. Die Erzeuger liefern der EO ihre gesamte Erzeugung. Die Monate April und Mai waren in einem Teil der betreffenden Region sehr trocken, und der Ertrag der betroffenen Erzeuger war 25 % niedriger als erwartet. Im August wäre die EO daher nicht in der Lage, dem in Rede stehenden Stärkehersteller die vereinbarten Mengen zu liefern. Um den Stärkehersteller nicht als Abnehmer zu verlieren, kauft die EO die fehlenden Mengen Gerste auf dem Markt bei einem ihr nicht angeschlossenen Erzeuger dazu. Die bei dem Nichtmitglied gekaufte Menge entspricht 17 % der Menge, die nach dem von der EO ausgehandelten Vertrag an den Stärkehersteller zu liefern ist.

Analyse: Auf die von den Mitgliedern der EO gelieferten Erzeugnisse entfällt die große Mehrheit der Erzeugnisse, die Gegenstand der von der EO im Namen ihrer 15 Mitglieder geführten Vertragsverhandlungen mit dem Stärkehersteller sind. Die Gesamtmenge, die Gegenstand der in Rede stehenden Vertragsverhandlungen ist, einschließlich der von dem Nichtmitglied stammenden Mengen, entspricht 2,2 % der gesamten nationalen Erzeugung, so dass die Obergrenze von 15 % der gesamten nationalen Erzeugung im Kulturpflanzensektor eingehalten ist. Da auch alle übrigen Voraussetzungen des Artikels 171 der GMO-Verordnung erfüllt sind, kann für die Vertragsverhandlungen der EO insgesamt die Ausnahmeregelung in Anspruch genommen werden.

2.4.3 Kriterium erheblicher Effizienzgewinne

- (64) In den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung ist für alle drei Sektoren, den Olivenöl-, den Rindfleisch- und den Kulturpflanzensektor, Folgendes vorgesehen: „Eine Erzeugerorganisation erfüllt die in diesem Absatz genannten Ziele, wenn mit der Verfolgung dieser Ziele eine Integration von Tätigkeiten erreicht wird und durch eine solche Integration voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, so dass

*die Tätigkeiten der Erzeugerorganisation insgesamt zur Verwirklichung der Ziele des Artikels 39 AEUV beitragen.*⁴⁵

- (65) Für die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung ist demnach erforderlich, 1) dass eine EO, die Vertragsverhandlungen führt, Tätigkeiten integriert und 2) dass mit diesen Tätigkeiten voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, um zu gewährleisten, dass die Tätigkeiten der EO insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen.
- (66) Gemeinsame Verkaufstätigkeiten und andere gemeinsame Tätigkeiten von Erzeugern können in der Tat unterschiedliche Auswirkungen auf die Verwirklichung der GAP-Ziele haben.
- (67) Vereinbarungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern über die gemeinsame Ausübung bestimmter Tätigkeiten können insbesondere dann zu Effizienzgewinnen und damit zu wirtschaftlichen Vorteilen führen, wenn Tätigkeiten, Fähigkeiten und Vermögenswerte gebündelt werden, um Risiken zu teilen, Kosten zu sparen, Investitionen zu steigern, Know-how gemeinsam zu nutzen, die Produktqualität und -vielfalt zu verbessern und Innovation zu beschleunigen. Solche Tätigkeiten können zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen, indem sie möglicherweise unter anderem dazu führen, dass die Produktivität zunimmt (weil z. B. gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen den Zugang zu besseren Produktionstechnologien eröffnen), dass die Einnahmen der Erzeuger steigen (weil sich z. B. die Qualität der Erzeugnisse durch gemeinsam erworbene Lösungen zur Verbesserung der Produktions- oder Lagerbedingungen erhöht) oder dass die Versorgung besser wird (weil z. B. bessere Lager- oder Vertriebssysteme gemeinsam beschafft oder organisiert werden).
- (68) Vereinbarungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern über die gemeinsame Führung von Vertragsverhandlungen können jedoch den Wettbewerb beschränken und letztlich die Verwirklichung der GAP-Ziele beeinträchtigen. Dies könnte zum Beispiel der Fall sein, wenn die Erzeuger vereinbaren, Preise festzusetzen, die Erzeugung zu verringern oder Märkte aufzuteilen. Solche Vereinbarungen sind zwar geeignet, eine Steigerung der Einnahmen der Erzeuger zu bewirken, könnten jedoch die Verwirklichung anderer GAP-Ziele gefährden, wenn sie etwa überhöhte Verbraucherpreise (wegen der Anhebung der Preise), Versorgungsprobleme (wegen der Beschränkung des Angebots) oder einen Rückgang der Produktivität (wegen des durch den geringeren Wettbewerb zwischen den Erzeugern möglicherweise zurückgehenden Anreizes zur Produktivitätssteigerung) zur Folge haben.
- (69) In Fällen, in denen verkaufsbezogene Tätigkeiten einer EO, über die Erzeuger gemeinsam verkaufen, die Verwirklichung bestimmter GAP-Ziele beeinträchtigen, kann die Erzielung erheblicher Effizienzgewinne diese Auswirkungen ausgleichen und gewährleisten, dass die Tätigkeiten der EO insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen. Nach den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung ist es daher erforderlich,

⁴⁵ Unterstreichungen hinzugefügt.

- a) dass die EO Tätigkeiten integriert und
- b) dass mit diesen Tätigkeiten voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, so dass die Tätigkeiten der EO insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen.

Nur wenn die EO dieses Kriterium (im Folgenden „Kriterium erheblicher Effizienzgewinne“) erfüllt, kann sie die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen.

(70) Das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne setzt Folgendes voraus:

- a) Die Ermittlung der Tätigkeiten, die von der EO integriert, d. h. von der EO im Namen ihrer Mitglieder ausgeübt werden. Zur Integration der Tätigkeiten kann die EO diese entweder selbst ausüben oder durch Übertragung an Dritte auslagern. Eine EO kann bestimmte Tätigkeiten auslagern und sie dennoch für die Zwecke der Erfüllung des Kriteriums erheblicher Effizienzgewinne berücksichtigen (z. B. Transportleistungen von Drittunternehmen).⁴⁶
- b) Die Feststellung, dass mit diesen Tätigkeiten voraussichtlich Effizienzgewinne erzielt werden. Dies betrifft die Art der Tätigkeiten (d. h. ob die Tätigkeit ihrer Natur nach voraussichtlich zu Effizienzgewinnen führt) oder auch den Entwicklungsstand der EO (die EO könnte sich verpflichtet haben, in solche Tätigkeiten zu investieren, aber es kann einige Zeit dauern, bis die Investition voll zum Tragen kommt, während die EO bereits im Namen ihrer Mitglieder Verträge aushandelt).
- c) Die Feststellung, dass diese Effizienzgewinne voraussichtlich in ausreichendem Maße erheblich sein werden, so dass die EO (mit ihren Tätigkeiten insgesamt) zur Verwirklichung der GAP-Ziele beiträgt.⁴⁷

(71) Wie unter Randnummer (41) bereits erwähnt wurde, kann eine EO Mitglied einer anderen EO (einer sogenannten „EO der zweiten Stufe“) sein, die die Produktion der ersten EO verkauft. Für die Vertragsverhandlungen der EO der zweiten Stufe kann die Ausnahmeregelung in Anspruch genommen werden, sofern die einschlägigen Voraussetzungen erfüllt sind. Wenn geprüft wird, ob die EO insbesondere das

⁴⁶ Die Auslagerung von Tätigkeiten durch eine anerkannte EO muss jedoch im Einklang mit Artikel 155 der GMO-Verordnung von dem betreffenden Mitgliedstaat vorher genehmigt werden. Die Erzeugung darf nicht ausgelagert werden. Die EO muss weiterhin für die Durchführung der ausgelagerten Tätigkeit sowie die allgemeine Verwaltung, Kontrolle und Überwachung des Geschäftsvertrags für die Durchführung der Tätigkeit verantwortlich bleiben. Weitere Einzelheiten zur Auslagerung von Tätigkeiten sind in der Delegierten Verordnung (EU) Nr. ... der Kommission festgelegt.

⁴⁷ Da dieses Effizienzkriterium unter Berücksichtigung der besonderen Rechtsgrundlage der Artikel 39 und 42 AEUV für Wettbewerbsvorschriften für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen Erzeugnissen auf die Verwirklichung der GAP-Ziele abstellt, unterscheidet es sich von Effizienzkriterien, die in anderen Bereichen bei der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts angewandt werden.

Kriterium erheblicher Effizienzgewinne erfüllt, können die effizienzsteigernden Tätigkeiten der EO der ersten Stufe (z. B. Abholung und Transport der Erzeugnisse) bei der Berechnung der Effizienzgewinne in der EO/VEO der zweiten Stufe für die Zwecke der Ausnahmeregelung berücksichtigt werden.

- (72) Ob das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne erfüllt ist, kann eine EO nach einer vom Gesetzgeber vorgesehenen vereinfachten Methode prüfen. Wenn die EO die Voraussetzungen für die vereinfachte Methode nicht erfüllt, kann sie – unter bestimmten Umständen – eine alternative Methode anwenden, um zu prüfen, ob sie das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne erfüllt.

Die vereinfachte Methode

- (73) In den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung ist jeweils in Absatz 1 Unterabsatz 3 eine Methode festgelegt, nach der geprüft werden kann, ob das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne erfüllt ist („vereinfachte Methode“). Nach der Ausnahmeregelung⁴⁸ kann dieses Kriterium erfüllt sein, wenn

- a) die EO mindestens eine der in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung aufgeführten potenziell effizienzsteigernden Tätigkeiten⁴⁹ ausführt und
- b) diese Tätigkeiten – gemessen an der Menge des betreffenden Erzeugnisses und den Produktions- und Vermarktungskosten – erheblich sind. Wenn diese Tätigkeiten in ausreichendem Maße erheblich sind, wird davon ausgegangen, dass mit ihnen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden. Solche Effizienzgewinne können als Ausgleich für eine mögliche Beeinträchtigung der Verwirklichung der GAP-Ziele durch die Vertragsverhandlungen angesehen werden. Deshalb kann davon

⁴⁸ Siehe jeweils Absatz 1 Unterabsatz 3 Buchstaben a und b der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.

⁴⁹ Hierbei handelt es sich um folgende Tätigkeiten:

- i) gemeinsamer Vertrieb, einschließlich einer gemeinsamen Verkaufsplattform oder gemeinsamen Beförderung;
- ii) gemeinsame Verpackung, Kennzeichnung oder Werbung; die beiden erstgenannten Tätigkeiten werden nur im Olivenölsektor berücksichtigt;
- iii) gemeinsame Durchführung von Qualitätskontrollen;
- iv) gemeinsame Nutzung von Ausrüstungen und Lagereinrichtungen;
- v) gemeinsame Verarbeitung; diese Tätigkeit wird nur im Olivenölsektor berücksichtigt;
- vi) gemeinsame Verwertung der bei der Produktion des Erzeugnisses unmittelbar anfallenden Abfälle; diese Tätigkeit wird nur im Olivenöl- und im Rindfleischsektor berücksichtigt;
- vii) gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln.

ausgegangen werden, dass die Tätigkeiten der EO insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen.

- (74) Die vereinfachte Methode ist in einer Reihe von Fällen nicht anwendbar. Erstens ist nicht ausgeschlossen, dass auch mit nicht in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung aufgeführten Tätigkeiten Effizienzgewinne erzielt werden und dass im Einzelfall mit diesen Tätigkeiten in ausreichendem Maße erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, so dass die Tätigkeiten der EO insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen. Ein solcher Fall würde nicht unter die vereinfachte Methode fallen, sondern eine unter den Randnummern (77) bis (80) beschriebene Einzelfallprüfung erfordern.
- (75) Zweitens kann die vereinfachte Methode nicht in Fällen angewandt werden, in denen sich die EO zwar verpflichtet hat, in effizienzsteigernde Tätigkeiten zu investieren, es aber einige Zeit dauern wird, bis die Investition voll zum Tragen kommt. Ein solcher Fall würde nicht unter die Methode fallen (da sich diese auf von der EO bereits ausgeübte Tätigkeiten bezieht), sondern eine unter Randnummer (77) beschriebene Einzelfallprüfung erfordern.

Die vereinfachte Methode erfordert die Ermittlung von in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung aufgeführten Tätigkeiten und die Prüfung der Erheblichkeit der diesen Tätigkeiten zuzuordnenden Mengen und Kosten. In den nachstehenden drei Kästen werden für jeden der drei Sektoren Fälle vorgestellt, in denen diese Tätigkeiten mit erheblichen Mengen des betreffenden Erzeugnisses und erheblichen Produktions- und Vermarktungskosten verbunden sind, so dass die EO die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen kann.

Olivenölsektor

Anwendung des Kriteriums erheblicher Effizienzgewinne

Beschreibung der gemeinsamen Tätigkeiten nach Artikel 169 der GMO-Verordnung, mit denen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, im Zusammenhang mit der vereinfachten Methode

i) Gemeinsame Verarbeitung

1. Mit **gemeinsamer Verarbeitung** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO den größten Teil der von ihren Mitgliedern geernteten Oliven verarbeitet, indem sie in einer Ölmühle Olivenöl herstellt. Die Errichtung einer Ölmühle erfordert eine erhebliche Investition. Die Verarbeitung von Oliven zu Olivenöl umfasst in der Regel mehrere Arbeitsgänge, etwa die Reinigung der Oliven, das Pressen der Oliven und das Filtern des Olivenöls. In einem solchen Fall, in dem die EO den größten Teil des von ihr vermarkteten Olivenöls im Rahmen der gemeinsamen Verarbeitung herstellt, erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne im Vergleich zu dem Fall, dass jedes Mitglied seine Oliven selbst verarbeitet, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.

ii) Gemeinsame Verpackung, Kennzeichnung oder Werbung

2. Mit **gemeinsamer Verpackung/Abfüllung und Kennzeichnung** von Olivenöl werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO diese Tätigkeiten in Bezug auf den größten Teil des in einer Ölmühle vermarkteten Olivenöls ausübt. Die gemeinsame Verpackung/Abfüllung und Kennzeichnung erfordert in der Regel eine erhebliche Investition für den Erwerb der notwendigen Technologien/Maschinen. In einem solchen Fall, in dem sich die gemeinsame Verpackung/Abfüllung und Kennzeichnung durch die EO auf den größten Teil des von dieser vermarkteten Olivenöls beziehen, erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.
3. Mit **gemeinsamer Werbung** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO ein höherwertiges Produkt entwickelt und vermarktet. In diesem Zusammenhang ist die gemeinsame Werbung der Vermarktungsteil einer integrierten Strategie für den Verkauf eines solchen höherwertigen Produkts, und die gemeinsame Werbung bezieht sich auf alle von der EO vermarkteten Mengen. Die EO kann ihr Produkt beispielsweise nach dem angewandten Erzeugungsverfahren (z. B. zur Erzeugung biologischen Olivenöls) differenzieren. Die EO legt die Spezifikationen für das Produkt fest und gewährleistet ihre Einhaltung. Dies erfordert unter anderem die Entwicklung geeigneter Spezifikationen, die Planung des Erzeugungsverfahrens und Qualitätskontrollen in Bezug auf diese Spezifikationen sowie die Beschaffung der für die Einhaltung der Spezifikationen erforderlichen Betriebsmittel. Die Kosten für ein solches integriertes Konzept und die Einhaltung der Spezifikationen sind für die EO und ihre Mitglieder erheblich. In einem solchen Fall erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es Fälle, in denen die gemeinsame Werbung, zum Beispiel die Werbung für generische Erzeugnisse ohne weitere integrierte Tätigkeiten, mit erheblichen Kosten verbunden ist, erhebliche Mengen betrifft und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Olivenölsektor führt? Bitte erläutern.*

iii) Gemeinsame Durchführung von Qualitätskontrollen

4. Mit der **gemeinsamen Durchführung von Qualitätskontrollen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO eine gleichbleibende Qualität der Erzeugnisse ihrer Mitglieder gewährleistet, weil dies entweder in einer Vorschrift oder in einer festgelegten Norm verlangt wird, etwa weil die EO und ihre Mitglieder den Ansprüchen der Kunden genügen wollen. Erstens trägt die EO durch Beratung und Unterstützung bei den Erzeugungsverfahren zur Gewährleistung der Qualität bei. Zu diesem Zweck erbringt die EO für die Erzeuger vor Ort Leistungen wie Beratung über bessere Methoden für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, anderen Chemikalien und Düngemitteln, Beratung über die Anwendung besserer Erzeugungsverfahren oder Hilfe bei Problemen mit der Erzeugung im landwirtschaftlichen Betrieb sowie bei Regulierungs- und Nachprüfungsfragen, um den Erzeugern bei der Herstellung eines Qualitätsprodukts zu helfen. Zweitens nimmt die EO Tests vor oder lässt sie vornehmen, um die Qualität des von ihren Mitgliedern erzeugten

und von ihr vermarkteten Olivenöls zu überprüfen (Labortests in Bezug auf Säure und Pestizide, Prüfung der organoleptischen Eigenschaften usw.). Solche Tests werden entweder vorgenommen, um unabhängigen Zertifizierern/Kontrollleuren gegenüber nachzuweisen, dass die Erzeugnisse den Vorschriften oder Normen entsprechen, und/oder um den Käufern gegenüber zu belegen, dass die Erzeugnisse ihren Ansprüchen genügen. Die Kosten für all diese Tätigkeiten sind erheblich, wenn sich die Tätigkeiten auf den größten Teil des von der EO vermarkteten Olivenöls beziehen. In einem solchen Fall erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne, weil dem einzelnen Mitglied sehr viel höhere Kosten entstehen würden, wenn er dasselbe Ergebnis allein erzielen wollte. In einem solchen Fall erzielt die EO daher voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.

iv) Gemeinsamer Vertrieb

Der gemeinsame Vertrieb kann den gemeinsamen Transport, die Errichtung eines Vertriebszentrums oder einer Verkaufsinfrastruktur und/oder die Einrichtung einer Verkaufsplattform umfassen.

5. Mit **gemeinsamem Transport** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO für den größten Teil des von ihr vermarkteten Olivenöls den Transport der Oliven von den Olivenhainen zum Verarbeitungsbetrieb (Ölmühle) organisiert oder wenn die EO für den größten Teil des von ihr vermarkteten Olivenöls den Transport des Öls von mehreren Ölmühlen zu einem Verpackungs-/Abfüllungs- und Kennzeichnungsbetrieb organisiert. Die Transportkosten stellen einen erheblichen Teil der Produktions- und Vermarktungskosten dar.⁵⁰ In diesem Zusammenhang kann die EO das Transportgeschäft effizienter betreiben als die einzelnen Mitglieder. So kann die EO Größenvorteile erzielen, da sie größere Mengen transportiert, die Fahrten bündelt und geringere Entladungs- und Handhabungskosten zu tragen hat. In einem solchen Fall erzielt die EO daher voraussichtlich beträchtliche Kosteneinsparungen und damit erhebliche Effizienzgewinne im Vergleich zu dem, was die Mitglieder einzeln erreichen könnten, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.
6. **Errichtung eines Vertriebszentrums oder einer Verkaufsinfrastruktur und/oder die Einrichtung einer Verkaufsplattform**

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es Fälle, in denen die Errichtung eines Vertriebszentrums oder einer Verkaufsinfrastruktur und/oder die Einrichtung einer (Online-)Verkaufsplattform mit erheblichen Kosten verbunden ist, erhebliche Mengen betrifft und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Olivenölsektor führt? Bitte erläutern.*

v) Gemeinsame Nutzung von Ausrüstungen und Lagereinrichtungen

⁵⁰ **Frage im Rahmen der Konsultation:** *Geben Sie bitte an, welcher prozentuale Anteil der Produktions- und Vermarktungskosten auf die Transportkosten entfällt.*

7. Mit der **gemeinsamen Nutzung von Ausrüstungen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO die notwendigen Investitionen in wichtige Landmaschinen (z. B. Erntemaschinen oder Applikatoren für Pflanzenschutzmittel, Düngemittel oder Pestizide) vornimmt und für deren ordnungsgemäße Nutzung und Instandhaltung sorgt. In einem solchen Fall übernimmt die EO die Erstinvestitionskosten, indem sie die Ausrüstung für die Herstellung des Olivenöls (neu oder gebraucht) anschafft. Später trägt die EO weitere Kosten für die Instandhaltung und die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Nutzung der Ausrüstung (z. B. Schulungen). Die Erstinvestition in die Ausrüstung und deren weitere Kosten ziehen erhebliche Folgekosten nach sich, wenn sie erhebliche Mengen betreffen. In diesem Zusammenhang sind die Kosten für die Nutzung der Ausrüstung erheblich, wenn erhebliche Teile der von der EO vermarkteten Mengen mithilfe der den Erzeugern gemeinsam gehörenden Ausrüstung erzeugt werden. Wenn die Ausrüstung zur Erzeugung des größten Teils der von der EO vermarkteten Olivenölmenge verwendet wird, erzielt die EO daher voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. Häufig sind neue Ausrüstungen/Maschinen notwendig, um die Produktivität zu steigern und sicherzustellen, dass das Erzeugnis dem Marktbedarf entspricht. Da sich jedoch einige Erzeuger wegen der erforderlichen hohen Investitionen keine neue Ausrüstung leisten können, kann die gemeinsame Nutzung von Ausrüstungen für die Mitglieder zu Kosteneinsparungen und Produktivitätssteigerungen führen. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es andere wichtige Ausrüstungen, die von EO für die gemeinsame Nutzung durch ihre Mitglieder angeschafft werden, mit erheblichen Kosten verbunden sind, erhebliche Mengen betreffen und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen führen? Bitte erläutern.*

8. Mit der **gemeinsamen Nutzung von Lagereinrichtungen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO die notwendigen Investitionen in die Lagereinrichtungen vornimmt und für deren ordnungsgemäße Nutzung und Instandhaltung sorgt. Die EO übernimmt die Erstinvestitionskosten für die Lagerung, indem sie die entsprechenden Einrichtungen erwirbt oder plant und errichtet. Die EO trägt weitere Investitionskosten für die Lagerung, wenn sie die Einrichtungen modernisiert. Die Investitionen in die Lagerung ziehen erhebliche Folgekosten nach sich, wenn sie erhebliche Mengen betreffen. Die Kosten für die Nutzung der Lagereinrichtungen sind ebenfalls erheblich, wenn dort erhebliche Teile der von der EO umgesetzten Mengen gelagert werden. Wenn die Lagertätigkeiten den größten Teil des von der EO vermarkteten Olivenöls betreffen und daher gemessen an den Mengen erheblich sind, erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. Die Bereitstellung von Lagereinrichtungen durch die EO kann zu niedrigeren Kosten im Vergleich zu dem Fall führen, dass jedes Mitglied selbst in die Lagerung investieren muss. Die Möglichkeit, das Erzeugnis auch über einen längeren Zeitraum und in größeren Mengen zu lagern, ohne es sofort an einen Dritten liefern zu müssen, erlaubt es den Mitgliedern der EO, ihre Erzeugnisse dann zu verkaufen, wenn der Preis günstig ist, und nicht in der Erntezeit, wenn das Angebot am größten ist. Auf diese Weise können auch Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage behoben werden, die dadurch entstehen, dass die Menge der geernteten Oliven von Jahr zu Jahr

schwankt. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

vi) Gemeinsame Verwertung der bei der Olivenölerzeugung unmittelbar anfallenden Abfälle

Frage im Rahmen der Konsultation: Gibt es Fälle, in denen die von einer EO selbst vorgenommene gemeinsame Verwertung von Abfällen (ohne gemeinsame Verarbeitung) mit erheblichen Kosten verbunden ist, erhebliche Mengen betrifft und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Olivenölsektor führt? Bitte erläutern.

vii) Gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln

9. Mit der **gemeinsamen Beschaffung von Betriebsmitteln** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn erhebliche Mengen beschafft werden, da die EO dann erhebliche Preisnachlässe und bessere Liefer- und/oder Kreditbedingungen durchsetzen kann als die einzelnen Erzeuger. Zusätzlich zum Kauf dieser Betriebsmittel auf eigene Rechnung kann die EO für die ordnungsgemäße Lagerung und/oder Lieferung dieser Produkte sorgen. Wenn eine EO für ihre Mitglieder Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Pestizide oder Energie (Kraftstoff, Strom) kauft, stellen diese Betriebsmittel erhebliche Kosten dar.⁵¹ Wenn die EO die Menge beschafft, die für die Erzeugung des größten Teils des gemeinsam vermarkteten Olivenöls benötigt wird, erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

Frage im Rahmen der Konsultation: Gibt es andere wichtige Betriebsmittel (einschließlich Dienstleistungen), die von EO für ihre Mitglieder beschafft werden, die mit erheblichen Kosten verbunden sind, erhebliche Mengen betreffen und deren gemeinsame Beschaffung voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Olivenölsektor führt? Bitte erläutern.

Rindfleischsektor

Anwendung des Kriteriums erheblicher Effizienzgewinne

Beschreibung der gemeinsamen Tätigkeiten nach Artikel 170 der GMO-Verordnung, mit denen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, im Zusammenhang mit der vereinfachten Methode

i) Gemeinsamer Vertrieb

⁵¹ Im Jahr 2010 entfielen in Griechenland, Italien und Spanien durchschnittlich 18 % der Betriebskosten (der auf die Erzeugung von Olivenöl spezialisierten landwirtschaftlichen Betriebe) auf Düngemittel, 14 % auf Pestizide und 27 % auf Kraftstoff und Energie; „EU olive oil farms report based on FADN data“, http://ec.europa.eu/agriculture/rica/pdf/Olive_oil%20report2000_2010.pdf, S. 57-76.

Frage im Rahmen der Konsultation: Legen Sie bitte, falls verfügbar, Daten zu weiteren Kosten vor.

1. Der **gemeinsame Vertrieb** kann den gemeinsamen Transport, die Errichtung eines Vertriebszentrums oder einer Verkaufsinfrastruktur und/oder die Einrichtung einer Verkaufsplattform umfassen.
2. Mit **gemeinsamem Transport** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO für den größten Teil der von ihr vermarkteten Rinder den Transport vom Erzeugungsbetrieb zum Käufer oder zum Verarbeitungsbetrieb organisiert. In diesem Zusammenhang kann die EO das Transportgeschäft effizienter betreiben als die einzelnen Mitglieder. So kann die EO Größenvorteile erzielen, da sie größere Mengen transportiert, die Fahrten bündelt und geringere Entladungs- und Handhabungskosten zu tragen hat. In einem solchen Fall erzielt die EO daher voraussichtlich beträchtliche Kosteneinsparungen und damit erhebliche Effizienzgewinne im Vergleich zu dem, was die Mitglieder einzeln erreichen könnten, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.
3. Mit der **Einrichtung einer Verkaufsplattform** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO einen physischen Markt oder eine Auktionsplattform für den Verkauf von Rindern einrichtet. In einem solchen Fall investiert die EO in Einrichtungen, in denen Rinder vorgeführt und erworben werden können. Für die Einrichtungen und ihren Betrieb entstehen erhebliche Investitionskosten, wenn große Mengen umgesetzt werden und ein regelmäßiger Handel stattfindet. Wenn solche Mengen und ein solcher Handel erreicht und die entsprechenden Investitionen getätigt werden, bedeutet dies, dass die EO für ihre Mitglieder den wichtigsten Vertriebskanal darstellt und den (der Menge nach) größten Teil ihrer Rinder absetzt. So sind Größenvorteile beim Verkauf der Rinder gewährleistet, da die Erzeuger Käufer in größerer Zahl und schneller erreichen, als wenn sich jeder Erzeuger selbst darum bemühen müsste. Auch die Transaktionskosten für Verkäufer und Käufer können dadurch sinken. In einem solchen Fall erzielt die EO daher voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne im Vergleich zu dem, was die Mitglieder einzeln erreichen könnten, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.
4. Mit der **Errichtung eines Vertriebszentrums** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO die notwendigen Investitionen in eine Vertriebseinrichtung (z. B. ein Kälbersammelzentrum) vornimmt und für deren ordnungsgemäße Nutzung und Instandhaltung sorgt. Die EO übernimmt die Erstinvestitionskosten für das Vertriebszentrum, indem sie die Einrichtung erwirbt oder plant und errichtet. Die EO tätigt weitere Investitionen, wenn sie die Einrichtung modernisiert. Die Erstinvestition und die weiteren Investitionen ziehen erhebliche Folgekosten nach sich, wenn sie erhebliche Mengen betreffen. Die Kosten für den Betrieb der Einrichtung sind ebenfalls erheblich, wenn erhebliche Teile der von der EO vermarkteten Mengen über diese Einrichtung abgesetzt werden. Wenn die Vertriebstätigkeiten den größten Teil der von der EO vermarkteten Rinder betreffen und daher gemessen an den Mengen erheblich sind, erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. Dadurch sind Größenvorteile beim Verkauf der Rinder gewährleistet, da die Erzeuger Käufer in größerer Zahl und schneller erreichen, als wenn sich jeder Erzeuger selbst darum bemühen müsste. Auch die Transaktionskosten für Verkäufer und Käufer können dadurch sinken. In einem solchen Fall erzielt die EO daher voraussichtlich

erhebliche Effizienzgewinne im Vergleich zu dem, was die Mitglieder einzeln erreichen könnten, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es Fälle, in denen die Errichtung eines Vertriebszentrums oder einer Verkaufsinfrastruktur und/oder die Einrichtung einer (Online-)Verkaufsplattform mit erheblichen Kosten verbunden ist, erhebliche Mengen betrifft und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Rindfleischsektor führt? Bitte erläutern.*

ii) Gemeinsame Werbung

5. Mit **gemeinsamer Werbung** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO ein höherwertiges Produkt entwickelt und vermarktet. In diesem Zusammenhang ist die gemeinsame Werbung der Vermarktungsteil einer integrierten Strategie für den Verkauf eines solchen höherwertigen Produkts, und die gemeinsame Werbung ist eine von mehreren Tätigkeiten zur Umsetzung dieser Strategie. Die EO kann ihr Produkt beispielsweise nach Rasse, Futter, Erzeugungssystem oder Ursprungsort differenzieren. Die EO legt die Spezifikationen für das Produkt fest und gewährleistet ihre Einhaltung. Dies erfordert unter anderem die Entwicklung geeigneter Spezifikationen, die Planung des Erzeugungsverfahrens und Qualitätskontrollen in Bezug auf diese Spezifikationen sowie die Beschaffung der für die Einhaltung der Spezifikationen erforderlichen Betriebsmittel. Die Kosten für ein solches integriertes Konzept und die Einhaltung der Spezifikationen sind für die EO und ihre Mitglieder erheblich, wenn es sich mindestens auf den größten Teil der von der EO vermarkteten Mengen bezieht. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es Fälle, in denen die gemeinsame Werbung, zum Beispiel die Werbung für generische Erzeugnisse ohne weitere integrierte Tätigkeiten, mit erheblichen Kosten verbunden ist, erhebliche Mengen betrifft und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Rindfleischsektor führt? Bitte erläutern.*

iii) Gemeinsame Durchführung von Qualitätskontrollen

6. Mit der **gemeinsamen Durchführung von Qualitätskontrollen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO eine gleichbleibende Qualität der Erzeugnisse ihrer Mitglieder gewährleistet, weil dies entweder in einer Vorschrift oder in einer auf Wunsch der Kunden festgelegten Norm verlangt wird. Erstens trägt die EO durch Beratung und Unterstützung bei den Erzeugungsverfahren zur Gewährleistung der Qualität bei. Zu diesem Zweck erbringt die EO Leistungen wie Beratung über Zucht, bessere Futtermittel oder die Anwendung besserer Techniken für die Rinderaufzucht oder Hilfe bei Problemen mit der Erzeugung im landwirtschaftlichen Betrieb sowie bei Regulierungs- und Nachprüfungsfragen, damit die Erzeuger ein Qualitätsprodukt anbieten können. Zweitens erbringt die EO tierärztliche Dienstleistungen oder lässt sie erbringen, um die Gesundheit des von ihren Mitgliedern erzeugten und von ihr vermarkteten Produkts zu gewährleisten (Impfung und andere vorbeugende Maßnahmen, Seuchenüberwachung, Zuchttätigkeiten usw.). Ferner nimmt die EO Tests vor, um unabhängigen Zertifizierern/Kontrolleuren gegenüber nachzuweisen, dass die Erzeugnisse den Vorschriften oder Normen entsprechen, und/oder

um den Käufern gegenüber zu belegen, dass die Erzeugnisse ihren Ansprüchen genügen. Die Kosten für all diese Tätigkeiten sind erheblich, wenn sich die Tätigkeiten auf den größten Teil der von der EO vermarkteten Rinder beziehen. In einem solchen Fall erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne, weil dem einzelnen Mitglied sehr viel höhere Kosten entstehen würden, wenn er dasselbe Ergebnis allein erzielen wollte, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.

iv) Gemeinsame Nutzung von Ausrüstungen und Lagereinrichtungen

7. Mit der **gemeinsamen Nutzung von Ausrüstungen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO die notwendigen Investitionen in wichtige Ausrüstungen (z. B. Maschinen für die Futtermittelherstellung wie Erntemaschinen oder Mühlen) vornimmt und für deren ordnungsgemäße Nutzung und Instandhaltung sorgt. In einem solchen Fall übernimmt die EO die Erstinvestitionskosten, indem sie die Ausrüstung für die Rindererzeugung (neu oder gebraucht) anschafft. Später trägt die EO weitere Kosten für die Instandhaltung und die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Nutzung der Ausrüstung (z. B. Schulungen). Die Erstinvestition in die Ausrüstung und deren weitere Kosten ziehen erhebliche Folgekosten nach sich, wenn sie erhebliche Mengen betreffen. In diesem Zusammenhang sind die Kosten für die Nutzung der Ausrüstung erheblich, wenn erhebliche Teile der von der EO vermarkteten Mengen mithilfe der den Erzeugern gemeinsam gehörenden Ausrüstung erzeugt werden. Wenn die Ausrüstung zur Erzeugung des größten Teils der von der EO vermarkteten Rindermenge verwendet wird, erzielt die EO daher voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. Häufig sind neue Ausrüstungen/Maschinen notwendig, um die Produktivität zu steigern und sicherzustellen, dass das Erzeugnis dem Marktbedarf entspricht. Da sich jedoch einige Erzeuger wegen der erforderlichen hohen Investitionen keine neue Ausrüstung leisten können, kann die gemeinsame Nutzung von Ausrüstungen für die Mitglieder zu Kosteneinsparungen und Produktivitätssteigerungen führen. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es andere wichtige Ausrüstungen, die von EO für die gemeinsame Nutzung durch ihre Mitglieder angeschafft werden, mit erheblichen Kosten verbunden sind, erhebliche Mengen betreffen und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen führen? Bitte erläutern.*

8. Mit der **gemeinsamen Nutzung von Lagereinrichtungen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO die notwendigen Investitionen in die Lagereinrichtungen (z. B. für Futtermittel) vornimmt und für deren ordnungsgemäße Nutzung und Instandhaltung sorgt. Die EO übernimmt die Erstinvestitionskosten für die Lagerung, indem sie die entsprechenden Einrichtungen erwirbt oder plant und errichtet. Die EO tätigt weitere Investitionen in die Lagerung, wenn sie die Einrichtungen modernisiert. Die Erstinvestition und die weiteren Investitionen in die Lagerung ziehen erhebliche Folgekosten nach sich, wenn sie erhebliche Mengen betreffen. Die Kosten für die Nutzung der Lagereinrichtungen sind ebenfalls erheblich, wenn dort erhebliche Teile der von der EO umgesetzten Mengen gelagert werden. Wenn die Lagertätigkeiten den größten Teil der von der EO vermarkteten Rinder betreffen und daher gemessen an den Mengen erheblich sind, erzielt

die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. Die Bereitstellung von Lagereinrichtungen durch die EO kann zu niedrigeren Kosten im Vergleich zu dem Fall führen, dass jedes Mitglied selbst in die Lagerung investieren muss. Die Möglichkeit, das Erzeugnis auch über einen längeren Zeitraum und in größeren Mengen zu lagern, ohne es sofort an einen Dritten liefern zu müssen, erlaubt es den Mitgliedern der EO, ihre Erzeugnisse dann zu verkaufen, wenn der Preis günstig ist, und nicht in der Erntezeit, wenn das Angebot am größten ist. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es andere wichtige Lagereinrichtungen (außer den oben beschriebenen für Futtermittel), die von EO für die gemeinsame Nutzung durch ihre Mitglieder errichtet werden könnten, mit erheblichen Kosten verbunden sind, erhebliche Mengen betreffen und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen führen? Bitte erläutern.*

v) Gemeinsame Verwertung der bei der Aufzucht lebender Rinder unmittelbar anfallenden Abfälle

9. Mit der **gemeinsamen Verwertung der Abfälle** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO für den größten Teil der Abfälle, die durch die von ihr vermarkteten Rinder entstehen, eine nachhaltige Entsorgung, Lagerung und Verwertung (z. B. Gewinnung von Energie und Biogas oder Verwendung als Düngemittel) sicherstellt. In diesem Zusammenhang kann die EO die Abfallbewirtschaftung effizienter betreiben als die einzelnen Mitglieder. So kann die EO Größenvorteile erzielen, da sie größere Abfallmengen transportiert, die Fahrten bündelt und geringere Entladungs- und Handhabungskosten zu tragen hat. In einem solchen Fall erzielt die EO daher voraussichtlich beträchtliche Kosteneinsparungen und damit erhebliche Effizienzgewinne im Vergleich zu dem, was die Mitglieder einzeln erreichen könnten, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.

vi) Gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln

10. Mit der **gemeinsamen Beschaffung von Betriebsmitteln** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn erhebliche Mengen beschafft werden, da die EO dann erhebliche Preisnachlässe und bessere Liefer- und/oder Kreditbedingungen durchsetzen kann als die einzelnen Erzeuger. Zusätzlich zum Kauf dieser Betriebsmittel auf eigene Rechnung kann die EO für die ordnungsgemäße Lagerung und/oder Lieferung dieser Produkte an die Mitglieder sorgen. Wenn eine EO für ihre Mitglieder Futtermittel, Tiere oder andere Betriebsmittel wie Kraftstoff und Strom kauft, stellen diese Betriebsmittel erhebliche Kosten dar.⁵² Wenn die EO die Menge beschafft, die für die Erzeugung des größten Teils der gemeinsam

⁵² Im Jahr 2011 entfielen in der EU-27 41 % der Betriebskosten der Züchter und Mäster auf Futtermittel⁵², 22 % auf zugekaufte Tiere und 7 % auf Kraftstoff und Energie; „EU beef farms report 2012 based on FADN data“, http://ec.europa.eu/agriculture/rica/pdf/beef_report_2012.pdf, S. 69.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Legen Sie bitte, falls verfügbar, Daten zu weiteren Kosten vor.*

vermarkteten Rinder benötigt wird, erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es andere wichtige Betriebsmittel (einschließlich Dienstleistungen), die von EO für ihre Mitglieder beschafft werden, die mit erheblichen Kosten verbunden sind, erhebliche Mengen betreffen und deren gemeinsame Beschaffung voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Rindfleischsektor führt? Bitte erläutern.*

Kulturpflanzensektor

Anwendung des Kriteriums erheblicher Effizienzgewinne

Beschreibung der gemeinsamen Tätigkeiten nach Artikel 171 der GMO-Verordnung, mit denen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, im Zusammenhang mit der vereinfachten Methode

i) Gemeinsamer Vertrieb

1. Der **gemeinsame Vertrieb** kann den gemeinsamen Transport, die Errichtung eines Vertriebszentrums oder einer Verkaufsinfrastruktur und/oder die Einrichtung einer Verkaufsplattform umfassen.
2. Mit **gemeinsamem Transport** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO für den größten Teil der von ihr vermarkteten Kulturpflanzenmengen den Transport (auf der Straße, auf der Schiene oder auf See) von den Erntegebieten zum Lager oder Verarbeitungsbetrieb des Käufers organisiert. In diesem Zusammenhang kann die EO das Transportgeschäft effizienter betreiben als die einzelnen Mitglieder. So kann die EO Größenvorteile erzielen, da sie größere Mengen transportiert, die Fahrten bündelt und geringere Entladungs- und Handhabungskosten zu tragen hat. In einem solchen Fall erzielt die EO daher voraussichtlich beträchtliche Kosteneinsparungen und damit erhebliche Effizienzgewinne im Vergleich zu dem, was die Mitglieder einzeln erreichen könnten, so dass die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt sind.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es Fälle, in denen die Errichtung eines Vertriebszentrums oder einer Verkaufsinfrastruktur und/oder die Einrichtung einer (Online-)Verkaufsplattform mit erheblichen Kosten verbunden ist, erhebliche Mengen betrifft und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Kulturpflanzensektor führt? Bitte erläutern.*

ii) Gemeinsame Werbung

3. Mit **gemeinsamer Werbung** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO ein höherwertiges Produkt entwickelt und vermarktet. In diesem Zusammenhang ist die gemeinsame Werbung der Vermarktungsteil einer integrierten Strategie für den Verkauf eines solchen höherwertigen Produkts, und die gemeinsame Werbung ist eine von mehreren Tätigkeiten zur Umsetzung dieser Strategie. Die EO kann ihr Produkt beispielsweise nach

Eiweißgehalt, verwendeten Samen, Düngemiteleinsatz, Feuchtigkeitsgehalt und Größe der Kulturpflanze bei Lieferung oder Ursprungsort differenzieren. Die EO legt die Spezifikationen für das Produkt fest und gewährleistet ihre Einhaltung. Dies erfordert unter anderem die Entwicklung geeigneter Spezifikationen, die Planung des Erzeugungsverfahrens und Qualitätskontrollen in Bezug auf diese Spezifikationen sowie die Beschaffung der für die Einhaltung der Spezifikationen erforderlichen Betriebsmittel. Die Kosten für ein solches integriertes Konzept und die Einhaltung der Spezifikationen sind für die EO und ihre Mitglieder erheblich, wenn es sich mindestens auf den größten Teil der von der EO vermarkteten Mengen bezieht. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es Fälle, in denen die gemeinsame Werbung, zum Beispiel die Werbung für generische Erzeugnisse ohne weitere integrierte Tätigkeiten, mit erheblichen Kosten verbunden ist, erhebliche Mengen betrifft und voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Kulturpflanzensektor führt? Bitte erläutern.*

iii) Gemeinsame Durchführung von Qualitätskontrollen

4. Mit der **gemeinsamen Durchführung von Qualitätskontrollen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO eine gleichbleibende Qualität der Erzeugnisse ihrer Mitglieder gewährleistet, weil dies entweder in einer Vorschrift oder in einer auf Wunsch der Kunden festgelegten Norm verlangt wird. Erstens trägt die EO durch Beratung und Unterstützung bei den Erzeugungsverfahren zur Gewährleistung der Qualität bei. Zu diesem Zweck erbringt die EO Leistungen vor Ort wie Beratung über bessere Methoden für die Anwendung von Chemikalien und Düngemitteln, Beratung über die Anwendung besserer Techniken z. B. für das Häufeln, die Düngung, das Umpflanzen oder die Schädlingsbekämpfung und/oder Hilfe bei Problemen mit der Erzeugung im landwirtschaftlichen Betrieb sowie bei Regulierungs- und Nachprüfungsfragen, damit die Erzeuger ein Qualitätsprodukt anbieten können. Zweitens nimmt die EO Labortests vor oder lässt sie vornehmen, um die Qualität der von ihren Mitgliedern erzeugten und von ihr vermarkteten Kulturpflanzen zu überprüfen (Eiweiß, Feuchtigkeit, Körnerdurchmesser, Verunreinigungen usw.). Solche Tests werden entweder vorgenommen, um unabhängigen Zertifizierern/Kontrollleuten gegenüber nachzuweisen, dass die Erzeugnisse den Vorschriften oder Normen entsprechen, und/oder um den Käufern gegenüber zu belegen, dass die Erzeugnisse ihren Ansprüchen genügen. Die Kosten für all diese Tätigkeiten sind erheblich, wenn sich die Tätigkeiten auf den größten Teil der von der EO vermarkteten Kulturpflanzenmenge beziehen. In einem solchen Fall erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne, weil dem einzelnen Mitglied sehr viel höhere Kosten entstehen würden, wenn er dasselbe Ergebnis allein erzielen wollte. Die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode sind daher erfüllt.

v) Gemeinsame Nutzung von Ausrüstungen und Lagereinrichtungen

5. Mit der **gemeinsamen Nutzung von Ausrüstungen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO die notwendigen Investitionen in wichtige Landmaschinen (z. B. Erntemaschinen oder Trockner) vornimmt und für deren ordnungsgemäße Nutzung und Instandhaltung sorgt. In einem solchen Fall übernimmt die EO die Erstinvestitionskosten, indem sie die

Ausrüstung für die Erzeugung der Kulturpflanzen und/oder die Behandlung der Ernteerzeugnisse (neu oder gebraucht) anschafft. Später trägt die EO weitere Kosten für die Instandhaltung und die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Nutzung der Ausrüstung (z. B. Schulungen). Die Erstinvestition in die Ausrüstung und deren weitere Kosten ziehen erhebliche Folgekosten nach sich, wenn sie erhebliche Mengen betreffen. In diesem Zusammenhang sind die Kosten für die Verwendung der Ausrüstung erheblich, wenn erhebliche Teile der von der EO vermarkteten Mengen mithilfe der den Erzeugern gemeinsam gehörenden Ausrüstung erzeugt werden. Wenn die Ausrüstung zur Erzeugung des größten Teils der von der EO vermarkteten Kulturpflanzenmenge verwendet wird, erzielt die EO daher voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. Häufig sind neue Ausrüstungen/Maschinen notwendig, um die Produktivität zu steigern und sicherzustellen, dass das Erzeugnis dem Marktbedarf entspricht. Da sich jedoch einige Erzeuger wegen der erforderlichen hohen Investitionen keine neue Ausrüstung leisten können, kann die gemeinsame Nutzung von Ausrüstungen für die Mitglieder zu Kosteneinsparungen und Produktivitätssteigerungen führen. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

6. Mit der **gemeinsamen Nutzung von Lagereinrichtungen** werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn die EO die notwendigen Investitionen in die Lagereinrichtungen vornimmt und für deren ordnungsgemäße Nutzung und Instandhaltung sorgt. Die EO übernimmt die Erstinvestitionskosten für die Lagerung, indem sie die entsprechenden Einrichtungen erwirbt oder plant und errichtet. Die EO trägt weitere Investitionskosten für die Lagerung, wenn sie die Einrichtungen modernisiert. Die Investitionen in die Lagerung ziehen erhebliche Folgekosten nach sich, wenn sie erhebliche Mengen betreffen. Die Kosten für die Nutzung der Lagereinrichtungen sind ebenfalls erheblich, wenn dort erhebliche Teile der von der EO umgesetzten Mengen gelagert werden. Wenn die Lagertätigkeiten den größten Teil der von der EO vermarkteten Kulturpflanzen betreffen und daher gemessen an den Mengen erheblich sind, erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. Die Bereitstellung von Lagereinrichtungen durch die EO kann zu niedrigeren Kosten im Vergleich zu dem Fall führen, dass jedes Mitglied selbst in die Lagerung investieren muss. Die Möglichkeit, das Erzeugnis auch über einen längeren Zeitraum und in größeren Mengen zu lagern, ohne es sofort an einen Dritten liefern zu müssen, erlaubt es den Mitgliedern der EO, ihre Erzeugnisse dann zu verkaufen, wenn der Preis günstig ist, und nicht in der Erntezeit, wenn das Angebot am größten ist. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

vi) Gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln

7. Mit der **gemeinsamen Beschaffung** von Betriebsmitteln werden in bestimmten Fällen voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt, zum Beispiel, wenn erhebliche Mengen beschafft werden, da die EO dann erhebliche Preisnachlässe und bessere Liefer- und/oder Kreditbedingungen durchsetzen kann als die einzelnen Erzeuger. Zusätzlich zum Kauf dieser Betriebsmittel auf eigene Rechnung kann die EO für die ordnungsgemäße Lagerung und/oder Lieferung dieser Produkte sorgen. Wenn eine EO für ihre Mitglieder Düngemittel, Pestizide oder Energie (Kraftstoff, Strom) kauft, stellen

diese Betriebsmittel erhebliche Kosten dar.⁵³ Wenn die EO die Menge beschafft, die für die Erzeugung des größten Teils der gemeinsam vermarkteten Kulturpflanzen benötigt wird, erzielt die EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne. In einem solchen Fall sind die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode erfüllt.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Gibt es andere wichtige Betriebsmittel (einschließlich Dienstleistungen), die von EO für ihre Mitglieder beschafft werden, die mit erheblichen Kosten verbunden sind, erhebliche Mengen betreffen und deren gemeinsame Beschaffung voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen im Kulturpflanzen Sektor führt? Bitte erläutern.*

- (76) Erfüllt die EO die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode nicht, so kann sie nach einer alternativen Methode nachweisen, dass sie das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne dennoch erfüllt.

Die alternative Methode

- (77) Wenn eine EO die Voraussetzungen für die vereinfachte Methode nicht erfüllt, kann sie eine alternative Methode anwenden, um zu prüfen, ob sie das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne erfüllt. Dies kann der Fall sein, wenn die EO zwar die Voraussetzungen für die Anwendung der vereinfachten Methode nicht erfüllen konnte, aber der Auffassung ist, dass sie das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne dennoch erfüllt, oder wenn sich die EO in einer Lage befindet, die nicht unter die vereinfachte Methode fällt. Möglicherweise übt die EO Tätigkeiten aus, die bei der vereinfachten Methode nicht berücksichtigt werden, oder sie übt noch keine effizienzsteigernden Tätigkeiten aus, insbesondere wenn sie neu gegründet wurde oder neue Tätigkeiten integrieren will.
- (78) Im Rahmen der alternativen Methode müssen alle Tätigkeiten der EO untersucht werden, und es ist zu prüfen, ob mit einigen dieser Tätigkeiten voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, so dass die EO insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beiträgt. Diese Leitlinien bieten eine Orientierungshilfe für die Prüfung nach der alternativen Methode, können jedoch nicht alle denkbaren Aspekte abdecken, da es sich um eine Einzelfallprüfung handelt.
- (79) Effizienzgewinne können möglicherweise auch mit Tätigkeiten erzielt werden, die nicht in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung (jeweils Absatz 1 Buchstabe a) aufgeführt sind. In diesen Fällen muss auf der Grundlage des Sachverhalts im Einzelfall geprüft werden, ob mit den betreffenden Tätigkeiten der EO voraussichtlich erhebliche

⁵³ Im Jahr 2011 entfielen in der EU-27 bei Weichweizen, Hartweizen, Gerste und Mais durchschnittlich 24 % der Betriebskosten auf Düngemittel, 11 % auf Pestizide und 17 % auf Kraftstoff und Energie; „EU cereal farms report 2013 based on FADN data“, http://ec.europa.eu/agriculture/rca/pdf/cereal_report_2013_final.pdf, S. 26-79.

Frage im Rahmen der Konsultation: *Legen Sie bitte, falls verfügbar, Daten zu weiteren Kulturpflanzen vor.*

Effizienzgewinne erzielt werden, so dass die Tätigkeiten insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen.⁵⁴

Frage im Rahmen der Konsultation: *EO können offensichtlich auch Tätigkeiten ausüben, die nicht in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung (jeweils Absatz 1 Buchstabe a) aufgeführt sind. So bieten einige EO Schulungen (z. B. zur Steigerung der Produktivität) oder finanzielle Unterstützung (z. B. in Form von Versicherungen) an. Gibt es Fälle, in denen diese und andere Dienstleistungen, die nicht in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung (jeweils Absatz 1 Buchstabe a) aufgeführt sind, voraussichtlich zu erheblichen Effizienzgewinnen führen?*

- (80) Die alternative Methode könnte auch in Fällen zur Anwendung kommen, in denen sich die EO verpflichtet hat, in effizienzsteigernde Tätigkeiten zu investieren, es aber einige Zeit dauern wird, bis die Investition voll zum Tragen kommt, während die Erzeuger bereits über die EO gemeinsam verkaufen, um diese auf dem Markt zu etablieren und die Rentabilität der Investitionen sicherzustellen. Unter diesen Umständen müsste die EO nachweisen, dass sie sich finanziell zur Ausübung der Tätigkeit verpflichtet hat und dass es wegen unvermeidlicher Verzögerungen bei der Umsetzung (z. B. Bau einer Einrichtung) nur eine Frage der Zeit ist, bis sie die Tätigkeit auch tatsächlich ausübt. Kann die EO ein solches Engagement nachweisen, so ist auf der Grundlage des Sachverhalts im Einzelfall zu prüfen, ob mit den neuen Tätigkeiten der EO erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, so dass die Tätigkeiten insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen.⁵⁵ Falls es sich um Tätigkeiten handelt, die in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung (jeweils Absatz 1 Buchstabe a) aufgeführt sind, kann die Prüfung wie bei der vereinfachten Methode anhand von Art und Erheblichkeit (gemessen an Menge und Kosten) der geplanten Tätigkeiten vorgenommen werden. Falls es sich um Tätigkeiten handelt, die nicht in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung (jeweils Absatz 1 Buchstabe a) aufgeführt sind, muss eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden. Wenn in der Praxis die Ausübung der Tätigkeit wegen eines Ereignisses, das sich der Kontrolle der EO entzieht, letztlich nicht möglich ist, kann die EO nach Eintritt des Ereignisses die Ausnahmeregelung für einen Zeitraum in Anspruch nehmen, der notwendig ist, um die

⁵⁴ Wenn die Voraussetzungen der vereinfachten Methode in Bezug auf Menge und Kosten erfüllt sind, ist es wahrscheinlich, dass auch das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne in einem solchen Fall erfüllt ist. Andernfalls muss das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne auf der Grundlage des Sachverhalts im Einzelfall geprüft werden, um sicherzustellen, dass mit den Tätigkeiten der EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, so dass die Tätigkeiten insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen.

⁵⁵ Wenn die Voraussetzungen der vereinfachten Methode in Bezug auf Menge und Kosten erfüllt sind, ist es wahrscheinlich, dass auch das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne in einem solchen Fall erfüllt ist. Andernfalls muss das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne auf der Grundlage des Sachverhalts im Einzelfall geprüft werden, um sicherzustellen, dass mit den Tätigkeiten der EO voraussichtlich erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden, so dass die Tätigkeiten insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen.

Tätigkeiten, die die Verwirklichung der GAP-Ziele beeinträchtigen, abzuwickeln (siehe das Beispiel für den Kulturpflanzensektor in Abschnitt 3.3).

2.4.4 Beziehungen zwischen der EO und ihren Mitgliedern

- (81) Die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung hängt nicht davon ab, ob das Eigentum an den betreffenden Erzeugnissen von den Erzeugern auf die Erzeugerorganisation übergeht oder nicht, da die Ausnahmeregelung für beide Fälle gilt.⁵⁶
- (82) Die Ausnahmeregelung enthält jedoch zwei Voraussetzungen, die die Beziehungen zwischen der EO und ihren Mitgliedern betreffen:⁵⁷
- a) Die betreffenden Erzeuger dürfen keiner anderen Erzeugerorganisation angehören, die ebenfalls in ihrem Namen solche Verträge aushandelt. Mit anderen Worten, der Erzeuger darf keine andere EO beauftragen, Vertragsverhandlungen über seine Erzeugnisse zusammen mit denen anderer Erzeuger zu führen. Der Erzeuger kann jedoch diese Erzeugnisse parallel dazu direkt auf dem Markt verkaufen und kann zudem andere Erzeugnisse über eine andere EO verkaufen.
 - b) Die EO kann Verträge aushandeln, soweit der Erzeuger nicht aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer Genossenschaft, die selbst nicht der EO angehört, verpflichtet ist, das betreffende Erzeugnis gemäß den Bedingungen der Satzung dieser Genossenschaft oder gemäß den sich aus dieser Satzung ergebenden oder darin vorgesehenen Bestimmungen und Beschlüssen abzuliefern. Die Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung bieten daher keine Grundlage dafür, eine bestehende genossenschaftliche Lieferverpflichtung nicht zu erfüllen.

2.4.5 Obergrenze für die Erzeugnismengen, die Gegenstand von Vertragsverhandlungen sind

- (83) Für die Ausnahmeregelung gelten mengenmäßige Beschränkungen.⁵⁸
- (84) Im Rindfleisch- und im Kulturpflanzensektor ist die Ausnahmeregelung anwendbar, sofern die von den Verhandlungen einer bestimmten EO abgedeckte Menge des Erzeugnisses, die in einem bestimmten Mitgliedstaat erzeugt wird, für jedes der in Artikel 170 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben a und b bzw. Artikel 171 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis l der GMO-Verordnung genannten Erzeugnisse höchstens 15 % der gesamten Erzeugung dieses Mitgliedstaats entspricht.
- (85) Im Olivenölsektor ist die Ausnahmeregelung nur anwendbar, sofern die von den Verhandlungen einer bestimmten EO abgedeckte Olivenölmenge, die in einem bestimmten Mitgliedstaat erzeugt wird, einem Anteil von höchstens 20 % des relevanten

⁵⁶ Siehe jeweils Absatz 2 Buchstabe a der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.

⁵⁷ Siehe jeweils Absatz 2 Buchstaben e und f der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.

⁵⁸ Siehe jeweils Absatz 2 Buchstabe c der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.

Marktes entspricht, wobei zwischen für den menschlichen Verzehr bestimmtem Olivenöl und für andere Zwecke bestimmtem Olivenöl unterschieden wird. Einzelheiten zur Abgrenzung des relevanten Marktes sind in diesen Leitlinien in dem besonderen Abschnitt über den Olivenölsektor zu finden.

- (86) In den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung wird für die Zwecke der Festlegung der Obergrenze für die Marktmacht auf die Erzeugung „in einem bestimmten Mitgliedstaat“ Bezug genommen. Falls die Verhandlungen, die eine EO im Namen ihrer Mitglieder führt, das Angebot in mehr als einem Mitgliedstaat betreffen, dürfen daher die Erzeugnismengen in jedem Mitgliedstaat im Rindfleisch- und im Kulturpflanzensektor nicht mehr als 15 % der nationalen Erzeugung und im Olivenölsektor nicht mehr als 20 % des relevanten Marktes betragen.
- (87) Die Kommission hat die Mengen der betreffenden Erzeugnisse, die in den Mitgliedstaaten erzeugt wurden, im *Amtsblatt der Europäischen Union* (ABl. C 256 vom 7.8.2014, S. 1-4)⁵⁹ veröffentlicht. Diese Informationen sind auch auf der Website der Kommission⁶⁰ zu finden:

2.4.6 Mitteilungspflicht

- (88) Nach der Ausnahmeregelung⁶¹ ist die EO verpflichtet, den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem sie tätig ist, für die betreffenden Erzeugnisse mitzuteilen, auf welche Menge sich die im Namen ihrer Mitglieder geführten Verhandlungen erstrecken. Jeder Mitgliedstaat bestimmt seine zuständigen Behörden.

[Referenzdokument wird von der Kommission veröffentlicht]

2.5 Schutzmechanismus

- (89) Absatz 5 der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung enthält einen Schutzmechanismus, nach dem die Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten befugt sind, im Einzelfall zu beschließen, dass bestimmte Verhandlungen von der betreffenden EO wieder aufgenommen werden müssen oder nicht geführt werden dürfen.
- (90) Ein solches Eingreifen einer mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörde ist selbst dann zulässig, wenn die Mengenbegrenzung für von EO geführten Verhandlungen uneingeschränkt eingehalten wurde (15 % der gesamten nationalen Erzeugung im

⁵⁹ Olivenöl: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014XC0807%2803%29&from=DE>
Kulturpflanzen: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014XC0807%2801%29&from=DE>
Rindfleisch: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014XC0807%2802%29&from=DE>

⁶⁰ Olivenöl: http://ec.europa.eu/agriculture/olive-oil/legislation/index_en.htm
Rindfleisch: http://ec.europa.eu/agriculture/beef-veal/policy-instruments/index_en.htm
Kulturpflanzen: http://ec.europa.eu/agriculture/cereals/legislation/index_en.htm

⁶¹ Siehe jeweils Absatz 2 Buchstabe g der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung.

Rindfleisch- und Kulturpflanzensektor bzw. 20 % des relevanten Marktes im Falle von Olivenöl).

- (91) Die Wettbewerbsbehörde des betreffenden Mitgliedstaats kann den Schutzmechanismus in folgenden Situationen anwenden:
- a) Sie erachtet die Anwendung als erforderlich, um Wettbewerb aufrechtzuerhalten, oder
 - b) sie stellt fest, dass das Erzeugnis, das Gegenstand der Verhandlungen ist, aufgrund seiner besonderen Merkmale oder seiner vorgesehenen Verwendung Teil eines anderen Marktes ist und die kollektiven Verhandlungen mehr als 15 % der gesamten nationalen Erzeugung auf diesem Markt abdecken würden⁶², oder
 - c) sie stellt fest, dass die Verwirklichung der GAP-Ziele gefährdet ist.
- (92) In allen drei Fällen handelt es sich bei dem Eingreifen der zuständigen Wettbewerbsbehörden nach den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung nicht um eine Sanktion wegen Verstoßes gegen die Wettbewerbsvorschriften, sondern vielmehr um eine präventive Maßnahme.
- (93) Bis zur Entscheidung der zuständigen Wettbewerbsbehörde, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden müssen oder nicht geführt werden dürfen, werden Verhandlungen, die EO im Einklang mit den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung führen, nicht als Verstoß gegen die Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung betrachtet. Entsprechend dürfen bis zu dem Tag, an dem eine solche Entscheidung getroffen wird, keine Sanktionen nach EU-Wettbewerbsrecht wegen von EO geführten Verhandlungen, die die Voraussetzungen der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung erfüllen, verhängt werden. Sobald die zuständige Wettbewerbsbehörde jedoch entschieden hat, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden müssen oder nicht geführt werden dürfen, gilt diese Ausnahmeregelung nicht mehr. Wenn sich eine EO also nach dem Tag der Entscheidung der Wettbewerbsbehörde nicht an diese Entscheidung hält und die Verhandlungen fortsetzt oder die abgeschlossenen Verträge weiterhin umsetzt, kann bezüglich des Verhaltens der EO ein Verfahren nach allgemeinem Wettbewerbsrecht eingeleitet werden.

2.5.1 Ausschaltung des Wettbewerbs

- (94) Wenn eine zuständige Wettbewerbsbehörde aus dem unter Randnummer 91 Buchstabe a genannten Grund tätig wird, um eine Ausschaltung des Wettbewerbs zu verhindern, können die von einer EO im Namen ihrer Mitglieder ausgehandelten Verkäufe/Verträge durchaus vollumfänglich die Voraussetzungen der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung erfüllen, allerdings auch Klauseln enthalten, die den Wettbewerb über das für eine Bündelung des Angebots erforderliche Maß hinaus einschränken (z. B.

⁶² Dies gilt nur für den Rindfleisch- und den Kulturpflanzensektor, nicht aber für den Olivenölsektor, für den nur die unter den Buchstaben a und c genannten Voraussetzungen relevant sind.

Klauseln, die nicht in den Artikeln 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung vorgesehen sind, wie z. B. Ausschließlichkeitsklauseln, die auf einem Markt mit einer begrenzten Zahl von Teilnehmern, die alle Exklusivrechte genießen, eine wettbewerbsbeschränkende Wirkung haben).

- (95) Wenn die zuständige Wettbewerbsbehörde tätig wird, um eine Ausschaltung des Wettbewerbs zu verhindern, besteht das Ziel darin, die Konkurrenz zwischen den Herstellern und die Wettbewerbsprozesse zu wahren. Bei einer solchen Analyse gilt es, sowohl dem aktuellen wie auch dem potenziellen Wettbewerb⁶³ Rechnung zu tragen. Der Wettbewerb könnte ausgeschaltet werden, wenn auf einem bestimmten relevanten Markt einer der entscheidenden Wettbewerbsparameter völlig beseitigt ist. Dies gilt insbesondere im Falle eines Preiswettbewerbs⁶⁴ oder bei Wettbewerb in Verbindung mit Neuerungen. Des Weiteren können unter anderem die folgenden Elemente bei der Analyse zur Beseitigung von Wettbewerb von Belang sein: Marktanteile im allgemeinen Zusammenhang der Analyse der tatsächlichen Kapazität der Wettbewerber, mit anderen zu konkurrieren, und deren Interesse an Wettbewerb⁶⁵, Schwächung des Wettbewerbs aufgrund der jeweiligen Vertragsverhandlungen, Möglichkeiten, Preiserhöhungen umzusetzen und aufrechtzuerhalten sowie Hemmnisse für den Eintritt neuer Marktteilnehmer. Weitere Einzelheiten zu (einer analogen) Bewertung einer Ausschaltung des Wettbewerbs befinden sich in Abschnitt 3.5 der Leitlinien zur Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag [*jetzt Artikel 101 Absatz 3 AEUV*]⁶⁶.
- (96) Wenn die Lieferverträge, die eine EO im Namen ihrer Mitglieder geschlossen hat, jedoch die Voraussetzungen der Artikel 169, 170 und 171 der GMO-Verordnung erfüllen und sie keine Klauseln enthalten, die den Wettbewerb über das für die in diesen

⁶³ Siehe z. B. Urteil des Gerichts vom 28. Februar 2002, T-395/94, Atlantic Container Line/Kommission, EU:T:2002:49, Rn. 330.

⁶⁴ Siehe z. B. Urteil , Metro/Kommission, 26/76, EU:C:1977:167, Rn. 21. „..... So wichtig der Preiswettbewerb sein mag – weshalb er niemals ganz beseitigt werden darf –, so ist er doch nicht die einzige wirksame Form des Wettbewerbs und auch nicht diejenige Form, die unter allen Umständen absoluten Vorrang erhalten müsste. Die der Kommission in Artikel 85 Absatz 3 eingeräumten Zuständigkeiten zeigen, dass die Erfordernisse der Aufrechterhaltung eines wirksamen Wettbewerbs mit der Wahrung andersartiger Ziele in Einklang gebracht werden könnten und dass zu diesem Zweck bestimmte Beschränkungen des Wettbewerbs zulässig sind, wenn sie für die Verwirklichung dieser Ziele unerlässlich sind und nicht zu einer Ausschaltung des Wettbewerbs für einen wesentlichen Teil des Gemeinsamen Marktes führen. ...“.

⁶⁵ In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass für Unternehmen, die die Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen können, in Bezug auf ihre Marktmacht Obergrenzen gelten, die im Falle von Rindfleisch und Kulturpflanzen bei 15 % der nationalen Erzeugung bzw. im Falle von Olivenöl bei 20 % des relevanten Marktes liegen.

⁶⁶ Mitteilung der Kommission – Leitlinien zur Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag [*jetzt Artikel 101 Absatz 3 AEUV*] (ABl. C 101 vom 27.4.2004, S. 97).

Artikeln vorgesehene Bündelung des Angebots erforderliche Maß hinaus einschränken, verstoßen sie nicht gegen Artikel 101 AEUV.

2.5.2 Kleinere sachlich relevante Märkte mit wettbewerbswidrigen Auswirkungen

- (97) In Bezug auf den unter Randnummer 91 Buchstabe b genannten Sachverhalt könnte die zuständige Wettbewerbsbehörde entscheiden, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden müssen oder nicht geführt werden dürfen, wenn sie feststellt,
- a) dass der sachlich (nicht aber der räumlich) relevante Markt, auf den sich die Verhandlungen für Rindfleisch oder Kulturpflanzen beziehen, kleiner ist als die in den Artikeln 170 und 171 der GMO-Verordnung definierten Märkte;
 - b) dass die in Rede stehenden Verhandlungen wettbewerbswidrige Auswirkungen auf diese kleineren Märkte hätten.

Dies gilt nicht für den Olivenölsektor, für den der relevante Markt nicht in Artikel 169 der GMO-Verordnung definiert ist.

2.5.3 Die Verwirklichung der Ziele der GAP ist gefährdet

- (98) In diesem Fall (Randnummer 91 Buchstabe c) würde die Wettbewerbsbehörde intervenieren, weil sie festgestellt hat, dass die Verwirklichung der GAP-Ziele durch eine weitere Integration der Tätigkeiten der EO gefährdet würde. Eine solche Situation könnte eintreten, wenn eine EO auf der Grundlage der vereinfachten Methode eine Prüfung selbst vorgenommen hat. Bei dieser Methode wird davon ausgegangen, dass die Tätigkeiten der Erzeugerorganisationen insgesamt zur Verwirklichung der GAP-Ziele beitragen, wenn die relevanten Kriterien erfüllt sind. In der Praxis kann eine Wettbewerbsbehörde durchaus auch zu dem Schluss kommen, dass dies nicht der Fall ist, obwohl die einschlägigen Kriterien erfüllt sind.
- (99) Wenn sich die Verhandlungen der EO nur auf einen Mitgliedstaat beziehen, wendet die nationale Wettbewerbsbehörde des betreffenden Mitgliedstaats den Schutzmechanismus an. Wenn sich die Verhandlungen der EO auf mehr als einen Mitgliedstaat beziehen, wendet die Europäische Kommission den Schutzmechanismus an.

3. Sektorspezifische Abschnitte

3.1. Olivenöl

3.1.1 Beispiele für die Anwendung der Ausnahmeregelung für den Olivenölsektor

- (100) In diesem Abschnitt wird anhand von praktischen Beispielen die Anwendung der besonderen Vorschriften der GMO-Verordnung auf den Olivenölsektor erläutert.
- (101) **Beispiel** für die Prüfung einer im Olivenölsektor tätigen EO nach Artikel 169 der GMO-Verordnung, die zu der Feststellung führt, dass die Ausnahmeregelung anwendbar ist:

Sachverhalt: In einer Region haben mehrere Olivenbauern gleichzeitig mehrere EO gegründet, die aus den von ihren Mitgliedern angelieferten Oliven Olivenöl herstellen. Die EO kaufen

außerdem Pflanzenschutzmittel, Dünger und Gerätschaften für ihre Mitglieder und sichern die Qualitätskontrolle im Olivenanbau.

Die EO wiederum haben eine EO der zweiten Stufe gegründet, an die sie ihr gesamtes Olivenöl liefern. Die EO der zweiten Stufe bringen die verschiedenen, von den EO der ersten Stufe produzierten Olivenöle auf ihr Gelände, um sie (falls sie nicht unabgefüllt verkauft werden) zu mischen und in Flaschen abzufüllen. Die EO der zweiten Stufe handelt die Lieferverträge im Namen ihrer Mitglieder mit den Einzelhändlern aus, d. h., sie führt die Vertragsverhandlungen. Außerdem kümmert sie sich um die Vermarktung und Werbung und sie bietet Olivenbauern/Mitgliedern der EO der ersten Stufe Beratung in Sachen Pflanzenschutzmittel und Qualitätskontrolle. Sowohl die EO der ersten Stufe als auch die EO der zweiten Stufe sind im Einklang mit den zu erfüllenden Voraussetzungen der GMO-Verordnung von dem betreffenden Mitgliedstaat anerkannt worden. Die Olivenölmenge, auf die sich die Vertragsverhandlungen der EO der zweiten Stufe beziehen, entspricht 17,4 % des relevanten Marktes. Die EO der zweiten Stufe, die die Vertragsverhandlungen führt, hat die Olivenölmenge, die Gegenstand der Vertragshandlungen sind, bei den nationalen Behörden gemeldet.

Analyse: Je nach den im betreffenden Mitgliedstaat geltenden Vorschriften ist die EO der zweiten Stufe als EO oder als VEO anerkannt. Die EO der zweiten Stufe bündelt das Angebot und vermarktet das Olivenöl. Die in Artikel 169 der GMO-Verordnung genannten erheblichen Effizienzgewinne dürften durch die von den EO der ersten Stufe und der EO der zweiten Stufe als Gesamtstruktur ausgeübten Tätigkeiten erreicht werden. Die relevanten Tätigkeiten der EO der ersten Stufen umfassen die gemeinsame Erzeugung, die gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln und die gemeinsame Qualitätskontrolle, die relevanten Tätigkeiten der EO der zweiten Stufe sind der gemeinsame Transport, die gemeinsame Abfüllung, Qualitätskontrolle, Vermarktung und Werbung. Im Einklang mit der vereinfachten Methode zur Prüfung, ob das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne erfüllt ist, dürften diese Tätigkeiten Effizienzgewinne erbringen. Die Tätigkeiten beziehen sich auch auf alle Mengen, die Gegenstand von Vertragsverhandlungen sind. Es kann somit der Schluss gezogen werden, dass nach der vereinfachten Methode das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne erfüllt sein dürfte. Die Olivenölmenge, auf die sich die Vertragsverhandlungen der EO der zweiten Stufe beziehen, entspricht nicht mehr als 20 % des relevanten Marktes. Die Olivenölmenge, die Gegenstand der Vertragsverhandlungen ist, wurde bei den nationalen Behörden gemeldet. Die Ausnahmeregelung findet somit Anwendung auf die Vertragsverhandlungen der EO der zweiten Stufe.

- (102) **Beispiel** für die Prüfung einer im Olivenölsektor tätigen EO nach Artikel 169 der GMO-Verordnung, die zu der Feststellung führt, dass die Ausnahmeregelung nicht anwendbar ist.

Sachverhalt: Mehrere Olivenölerzeuger (Olivenölmühlen) beschließen, einen Teil ihrer Olivenölerzeugung gemeinsam in größeren Mengen an mehrere Abfüllbetriebe zu verkaufen. Den Rest ihrer jeweiligen Erzeugung verkaufen sie getrennt an ihre jeweiligen anderen Abnehmer. Die Olivenölerzeuger gründen eine EO, die in ihrem Namen die Verträge mit den verschiedenen Abfüllbetrieben aushandeln soll. Mit dem Transport des Olivenöls zu einem dieser Abfüllbetriebe (dem größten Abnehmer) hat die EO einen Transportbetrieb beauftragt, der 30 % der gesamten Olivenölmenge, die Gegenstand der Vertragsverhandlungen der EO ist,

befördern wird. Der Transport der restlichen Menge, die für die anderen Abfüllbetriebe bestimmt ist, wird nicht von der EO organisiert, sondern von den Abnehmern selbst (d. h. von den Abfüllbetrieben).

Analyse: Die einzige effizienzsteigernde Tätigkeit der EO ist der für alle organisierte Transport des Olivenöls, der für einen bestimmten Abfüllbetrieb bestimmt ist. In Artikel 169 der GMO-Verordnung ist der gemeinsame Transport als eine Tätigkeit genannt, die erhebliche Effizienzgewinne erbringen kann. In diesem Beispiel sind allerdings erheblich weniger als 50 % der in Rede stehenden Olivenölmenge Gegenstand der Vertragsverhandlungen der EO. Nach der vereinfachten Methode handelt es sich somit nicht um ausreichend große Mengen, um das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne zu erfüllen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Transporttätigkeiten erhebliche Effizienzgewinne bringen, so dass es ebenfalls unwahrscheinlich ist, dass die Vertragsverhandlungen der EO die Voraussetzungen für die Anwendung der Ausnahmeregelung erfüllen.

3.1.2 Abgrenzung des relevanten Marktes für Olivenöl

- (103) Die Ausnahmeregelung verlangt eine Abgrenzung des sachlich relevanten und des räumlich relevanten Marktes für den Großhandel mit Olivenöl, damit die EO feststellen können, ob sie die in der Ausnahmeregelung festgelegte Marktanteilsobergrenze einhalten⁶⁷.
- (104) Die relevanten Märkte müssen einzeln geprüft werden. Eingehendere Erläuterungen zur Abgrenzung eines sachlich relevanten Marktes können in der einschlägigen Bekanntmachung der Kommission über die Definition des relevanten Marktes nachgelesen werden⁶⁸. Auch wenn die Kommission in den vorliegenden Leitlinien keine präzise Abgrenzung für relevante Märkte im Olivenölsektor an die Hand geben kann, enthalten sie dennoch konkrete Ausführungen zum Olivenölsektor, die anhand der zum Zeitpunkt ihrer Erstellung verfügbaren Informationen⁶⁹ ausgearbeitet wurden und die den Erzeugern helfen sollen, die Ausnahmeregelung anzuwenden. Die relevanten Märkte können sich unter anderem im Zuge von Marktentwicklungen ändern.
- (105) Es geht hier um die Abgrenzung der sachlich relevanten und der räumlich relevanten Märkte für den Großhandel mit Olivenöl. Auf dem Großhandelsmarkt sind Erzeuger und Händler im Wesentlichen die Anbieter und Händler, Hersteller, Einzelhändler, Industriekunden und Kunden im Hotel- und Gaststättengewerbe die Abnehmer.

⁶⁷ Siehe Abschnitt 2.4.5 – Obergrenze für die Erzeugnismengen, die Gegenstand von Vertragsverhandlungen sind

⁶⁸ Bekanntmachung der Kommission über die Definition des relevanten Marktes im Sinne des Wettbewerbsrechts der Gemeinschaft (ABl. C 372 vom 9.12.1997, S. 5).

⁶⁹ Hierzu zählen bisherige Untersuchungen von Wettbewerbsbehörden (Beihilfesachen, die von der GD Wettbewerb der Europäischen Kommission und von der spanischen Wettbewerbsbehörde geprüft wurden) sowie Informationen, die die Kommission bei Marktteilnehmern eingeholt hat.

a) Sachlich relevanter Markt

- (106) Der sachlich relevante Markt für Olivenöl ist nicht identisch mit den Märkten für andere Speiseöle, da er sich unter anderem in Bezug auf Merkmale, Preise und Verwendungszwecke von diesen unterscheidet. Da die verschiedenen Kategorien von Olivenöl (natives Olivenöl extra, natives Olivenöl und Oliventresteröl⁷⁰) in hohem Maße substituierbar sind, ist eine Abgrenzung getrennter Märkte möglicherweise gar nicht erforderlich. In Anbetracht der Organisation der Vertriebskanäle erscheint eine Abgrenzung nach drei Märkten sinnvoll:
- Olivenöl für den Einzelhandel
 - Olivenöl für Industriekunden und
 - Olivenöl für Kunden im Hotel- und Gaststättengewerbe

Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Eigenmarken und Markenprodukte auf dem Markt für Olivenöl für den Einzelhandel getrennte Produktmärkte bilden.

- (107) Die vorgenannten gemeinsamen Elemente der Marktsegmentierung schließen eine engere Abgrenzung des sachlich relevanten Marktes nicht aus.

b) Räumlich relevanter Markt

- (108) Aus geografischer Sicht müsste es sich bei dem relevanten Markt für Olivenöl zumindest um den nationalen Markt handeln; in Bezug auf alle drei Vertriebskanäle (Olivenöl für den Einzelhandel, für Industriekunden und für das Hotel- und Gaststättengewerbe) wäre sogar ein EWR-weiter Markt denkbar.

3.2. Rindfleischsektor

3.2.1 Beispiele für die Anwendung der Ausnahmeregelung für den Rindfleischsektor

- (109) In diesem Abschnitt wird anhand von praktischen Beispielen die Anwendung der besonderen Vorschriften der GMO-Verordnung auf den Rindfleischsektor erläutert.
- (110) **Beispiel** für die Prüfung einer im Rindfleischsektor tätigen EO nach Artikel 170 der GMO-Verordnung, die zu der Feststellung führt, dass die Ausnahmeregelung anwendbar ist:

Sachverhalt: Eine anerkannte EO verkauft für alle Mitglieder deren gesamte (100 %) Erzeugung von Schlachtrindern. Der Verkauf entspricht 1,3 % der gesamten nationalen Rindfleischerzeugung im betreffenden Mitgliedstaat. Zusätzlich zu Verkäufen für alle Mitglieder organisiert die EO im Namen ihrer Mitglieder die Abholung und den Transport aller (100 %) Schlachtrinder; dies entspricht 17 % der Kosten für Erzeugung und Vermarktung. Darüber hinaus besorgt die EO für ihre Mitglieder den größten Teil der verwendeten Futtermittel und Arzneimittel, die rund 9 % der Produktionskosten ausmachen.

Analyse: Die EO bündelt das Angebot und bringt die lebenden Rinder auf den Markt. Die in Artikel 170 der GMO-Verordnung genannten erheblichen Effizienzgewinne dürften durch die

⁷⁰ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 29/2012 der Kommission vom 13. Januar 2012 mit Vermarktungsvorschriften für Olivenöl (ABl. L 12 vom 14.1.2012, S. 14, in der geänderten Fassung).

Tätigkeiten der EO erreicht werden: Die EO kümmert sich erstens um den Transport aller Rinder und besorgt zweitens Betriebsmittel wie Futtermittel und Tierarzneimittel. Der Transport von mehr als der Hälfte der von der EO vermarkteten Mengen (in diesem Falle 100 % der Rinder) wird von der EO organisiert; die EO erfüllt somit nach der vereinfachten Methode das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne. Die Beschaffung von Betriebsmitteln bedarf keiner Prüfung, da die EO nach der vereinfachten Methode das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne zu erfüllen scheint. Die EO verkauft erheblich weniger als 15 % der gesamten nationalen Erzeugung von lebenden Rindern. Die Ausnahmeregelung findet somit Anwendung auf die Vertragsverhandlungen der EO.

(111) **Beispiel** für die Prüfung einer im Rindfleischsektor tätigen EO nach Artikel 170 der GMO-Verordnung, die zu der Feststellung führt, dass die Ausnahmeregelung nicht anwendbar ist:

Sachverhalt: Eine anerkannte EO organisiert die Verkäufe für 80 % der gesamten Erzeugung an lebenden Schlachtrindern. Der Verkauf entspricht 6 % der gesamten nationalen Rindfleischerzeugung im betreffenden Mitgliedstaat. Zusätzlich zu diesem Verkauf organisiert die EO für ihre Mitglieder Werbekampagnen in Form von allgemeinen Anzeigen in den Lokalzeitungen über den Viehbestand der Mitglieder. Diese gemeinsamen Werbemaßnahmen beziehen sich auf alle Produkte, die von der EO verkauft werden.

Analyse: Die EO bündelt das Angebot und bringt die lebenden Rinder auf den Markt. Bei der für alle Mitglieder bestimmten Werbung der EO handelt es sich um eine Tätigkeit, mit der die in Artikel 170 der GMO-Verordnung genannten erheblichen Effizienzgewinne erreicht werden dürften. Diese Tätigkeit bezieht sich zwar auf das gesamte Volumen, das im Namen aller Mitglieder beworben wird, scheint aber nach der vereinfachten Methode nicht das Kriterium der erheblichen Effizienzgewinne zu erfüllen. In diesem Beispiel entwickelt die EO kein höherwertiges Produkt, sondern zielt mit den allgemeinen Anzeigen auf einen besseren Absatz des Erzeugnisses seiner Mitglieder ab. In diesem Beispiel ist es unwahrscheinlich, dass die Werbemaßnahme für sich genommen erhebliche Effizienzgewinne erbringen wird, so dass die Vertragsverhandlungen der EO kaum unter die Ausnahmeregelung fallen dürfen.

3.3. Kulturpflanzen

3.3.1 Beispiele für die Anwendung der Ausnahmeregelung auf den Kulturpflanzensektor

(112) In diesem Abschnitt wird anhand von praktischen Beispielen die Anwendung der besonderen Vorschriften der GMO-Verordnung auf den Kulturpflanzensektor erläutert.

(113) **Beispiel** für die Prüfung einer im Kulturpflanzensektor tätigen EO nach Artikel 171 der GMO-Verordnung, die zu der Feststellung führt, dass die Ausnahmeregelung anwendbar ist:

Sachverhalt: „Golden Glow“ ist eine EO für Getreideerzeuger. Die EO wurde im Mitgliedstaat A gegründet und dort als EO anerkannt; sie hat einige Mitglieder in den Mitgliedstaaten B und C. Golden Glow erbringt Transportdienste für die Mitglieder, da die Transportkosten aufgrund der großen Entfernungen zu den Verkaufspunkten relativ

groß sind. Im Durchschnitt werden für 60 % der von der EO vertraglich ausgehandelten Menge die gemeinsamen Transportdienste (oder Dienste Dritter) in Anspruch genommen. Des Weiteren kümmert sich die EO um die gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln; hierbei handelt es sich insbesondere um Düngemittel und Pestizide. Ferner informiert sie ihre Mitglieder unter anderem über neue Getreidesorten auf dem Markt und Risikodiversifizierung (einschließlich Absicherung).

Für die Erbringung der Logistikdienste ist festzuhalten, dass die EO mehrere Lkw besitzt. Mit diesen Lkw werden allerdings nur 9 % des Transportbedarfs der Mitglieder gedeckt. Deshalb hat die EO Verträge mit zwei anderen Unternehmen geschlossen, die sich auf Getreidetransporte spezialisiert haben. Die EO hat einen Antrag auf Genehmigung der Fremdvergabe bei der zuständigen nationalen Behörde gestellt, die diesem stattgab. Die EO begründete ihren Antrag damit, dass die Auslagerung des Getreidetransports erhebliche Kosteneinsparungen ermöglichen würde, da die Anschaffung von Lkw sehr teuer, der Transportbedarf im Kulturpflanzensektor sehr saisonabhängig (d. h. ein sehr hoher Transportbedarf in Erntezeiten, ansonsten ein sehr geringer Bedarf), die Wartung sehr aufwendig und die Beschäftigung von Fahrern mit Spezialausbildung, die nicht vollzeitig beschäftigt werden könnten, sehr teuer sei.

Der Anteil von Golden Glow an der nationalen Gesamterzeugung verteilte sich 2014 wie folgt: Mitgliedstaat A: Weichweizen 6,4 %, Gerste 4 %, Hafer 13,8 %, Rapssamen 13,6 %, Ackerbohnen 2,3 % und Futtererbsen 1 %. In den Mitgliedstaaten B und C lag der Marktanteil von Golden Glow für jede Getreideart unter 1 %. Die Mitglieder der EO bringen durchschnittlich 80 % ihrer Erzeugung über die EO auf den Markt. Im Durchschnitt beziehen die Mitglieder zwei Drittel der von ihnen benötigten Düngemittel und Pestizide über die EO; diese Betriebsmittel machen bei allen von der EO verhandelten Getreidearten durchschnittlich 18 % der insgesamt anfallenden variablen Kosten für Produktion und Vermarktung aus.

Analyse: In Mitgliedstaat A ist Golden Glow offiziell von der zuständigen Behörde anerkannt. Die EO bündelt das Angebot und bringt die Kulturpflanzen auf den Markt. Die in Artikel 171 der GMO-Verordnung genannten erheblichen Effizienzgewinne dürften durch die Tätigkeiten der EO (in diesem Fall gemeinsamer Getreidetransport und gemeinsame Anschaffung von Betriebsmitteln) erreicht werden. Die EO organisiert den Transport von mehr als der Hälfte der von der EO vermarkteten Mengen; sie erfüllt somit nach der vereinfachten Methode das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne. Die Prüfung der gemeinsamen Beschaffung von Betriebsmitteln ist in diesem Falle nicht erforderlich, da das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne für eine Tätigkeit erfüllt ist. Zudem liegt der Anteil an Weizen, Gerste, Hafer, Rapssamen, Ackerbohnen und Futtererbsen, der von der EO verkauft/vertraglich verhandelt wurde, nicht über 15 % der nationalen Gesamterzeugung des Mitgliedstaats A. Die Ausnahmeregelung findet somit Anwendung auf die Vertragsverhandlungen der EO.

Die EO leistet Informationsarbeit, die nicht in Artikel 171 der GMO-Verordnung genannt ist. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Tätigkeit Effizienzgewinne erzielt. Im vorliegenden Fall ist es jedoch nicht erforderlich, diese Dienstleistung zu prüfen, da die Analyse des gemeinsamen Transports ausreicht, um festzustellen, dass die Vertragsverhandlungen der EO unter die Ausnahmeregelung fällt.

- (114) **Beispiel** für die Prüfung einer im Kulturpflanzensektor tätigen EO nach Artikel 171 der GMO-Verordnung, die zu der Feststellung führt, dass die Ausnahmeregelung nicht anwendbar ist:

Sachverhalt: „Stony Fields“ ist eine EO, die in Mitgliedstaat A auf dem Weizen- und Gerstenmarkt tätig ist. Die EO ist von der in Mitgliedstaat A zuständigen nationalen Behörde anerkannt. Die EO verkauft Weizen und Gerste von Mitgliedern und Nichtmitgliedern. Der Anteil des von Mitgliedern angebauten Weizens, der Gegenstand der Vertragsverhandlungen der EO ist, beträgt 7 % der nationalen Weizenerzeugung in Mitgliedstaat A bzw. 8 % der relevanten Gersteerzeugung. Der Marktanteil der EO auf dem Markt in Mitgliedstaat A, bei dem auch der Weizen und die Gerste von Nichtmitgliedern berücksichtigt werden, beträgt 19 % bzw. 17,2 %. Des Weiteren beabsichtigt Stony Field, zusätzlich zu den Vertragsverhandlungen im Namen ihrer Mitglieder in Lagereinrichtungen zu investieren, in denen sich auch einige Verarbeitungsmaschinen (z. B. für die Trocknung und Reinigung) befinden würden. Mit diesen Lagereinrichtungen würden 10 % des Lagerungsbedarfs und rund 1 % des von der EO insgesamt verkauften Weizens (von Mitgliedern und Nichtmitgliedern) abgedeckt werden. Stony Fields hat für die Finanzierung dieser Anlage einen Kredit bei einer örtlichen Bank aufgenommen. Zurzeit prüft die EO die von mehreren Unternehmen unterbreiteten Kostenvoranschläge für den Bau der Lagereinrichtung und die Maschinen. Die EO plant, die Anlage in 6 bis 8 Monaten in Betrieb zu nehmen.

Ferner verschickt Stony Fields jede Woche einen Newsletter an ihre Mitglieder, in dem über die neuesten Entwicklungen auf den Märkten und andere wichtige Neuigkeiten für Weizenanbauer berichtet wird.

Analyse: Stony Fields ist eine anerkannte EO; sie bündelt das Angebot und bringt die Kulturpflanzenprodukte auf den Markt. Die Tätigkeiten der EO dürften allerdings nicht die in Artikel 171 der GMO-Verordnung genannten erheblichen Effizienzgewinne erbringen. Die EO plant nur eine der in Artikel 171 aufgeführten potenziell effizienzsteigernden Tätigkeiten (Lagereinrichtung). Die vereinfachte Methode für die Prüfung, ob das Kriterium erheblicher Effizienzgewinne erfüllt ist, kommt somit nicht zum Tragen. Im vorliegenden Beispiel könnte jedoch eine andere Methode angewandt werden als zuvor unter den Randnummer (74) bis (80) beschrieben, denn die EO hat einen Bankkredit aufgenommen und für den Bau der geplanten Lagereinrichtungen Angebote von mehreren Unternehmen eingeholt. Das Vorhaben soll in 6 bis 8 Monaten abgeschlossen sein. Die EO hat schon beschlossen, in eine effizienzsteigernde Tätigkeit zu investieren, und braucht nun Zeit für den Bau der Lagereinrichtung. Die Ausnahmeregelung könnte für die EO zur Anwendung kommen, wenn mit der Lagertätigkeit erhebliche Effizienzgewinne erzielt würden. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, da die EO nur eine Lagerkapazität von 1 % des insgesamt von der EO verkauften Weizens plant. Als weitere Tätigkeit der EO ist der wöchentliche Newsletter für die Mitglieder zu nennen. Ein solcher Newsletter kann durchaus nützlich und sogar effizienzsteigernd sein. Dennoch ist nicht klar, dass die auf diese Weise verbreiteten Informationen an sich erhebliche Effizienzgewinne erbringen. Für Gerste werden weder effizienzsteigernde Tätigkeiten ausgeführt noch sind derartige Tätigkeiten geplant. Bezüglich des Anteils an Weizen und Gerste von Nichtmitgliedern und deren Anteil an der nationalen Gesamterzeugung werden die einschlägigen

Obergrenzen nicht eingehalten. Erstens liegt der Anteil des von Nichtmitgliedern aufgekauften Weizens bei 63 % und jener für Gerste bei 53 % der von der EO vertraglich ausgehandelten Gesamtmenge. Eine solche Aktivität kann deshalb nicht als Nebentätigkeit bezeichnet werden. Zweitens liegt der Anteil des von der EO vertraglich verhandelten Erzeugnisses sowohl für Weizen als auch für Gerste über 15 % der nationalen Gesamterzeugung. Deshalb kann die EO die Ausnahmeregelung nicht in Anspruch nehmen.